Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200. Sonnabend, den 27. August 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Parteigenossen!

Die Folgen der einseitig agrarischen Wirtschaftspolitik, die in dem Wucherzolltarif ihre Grundlage hat, hat jetzt das gezeitigt, was die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag vorausgesagt haben, unerschwinglich hohe Lebensmittelpreise.

Unter den Lebensmitteln, die von dieser schamlosen agrarischen Preistreiberei gegenwärtig am meisten betroffen sind, steht das Fleisch an erster Stelle. Seit Monaten bewegen sich die Fleischpreise in fortgesetzt aufsteigender Linie. Die Regierung hat bisher vollkommen untätig zugesehen. Man glaubt sich damit begnügen zu können, daß man diese enormen Fleischpreise als eine „vorübergehende Erscheinung“ bezeichnet. Damit kann aber dem Volke nicht gedient sein, dessen Lebensbedingungen sich immer mehr verschlechtern.

Das Junkertum hat heute goldene Zeiten; die Grenzen sind gesperrt; soweit die Vieheinfuhr möglich ist, wird sie durch Schikane aller Art erschwert; Millionen fließen in die unergründlichen Taschen der Agrarier und schwerer als je kämpft das Volk um eine menschenwürdige Existenz. Alles was in den letzten Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete an Vorteil für die Arbeiterklasse errungen werden konnte, wird völlig aufgewogen durch die unerhörten Preise der Lebensmittel. Strebt die Arbeiterschaft danach, einen Ausgleich durch Lohnerhöhung zu versuchen, dann antwortet das Unternehmertum mit dem brutalen Mittel der Aussperrung.

Man will offenbar nicht sehen, daß die Verteurung der Lebensmittel notwendigerweise die Volksgesundheit untergraben muß. Als Antwort auf das Verlangen der Arbeiterpresse, die Grenzen zu öffnen, fordert das Agrariertum eine noch schärfere Abschließung und ein fast völliges Verbot der Vieh- und Fleischeinfuhr aus dem Auslande. Den Seuchenschutz schützt man vor und das Profitinteresse der Agearier meint man. Es ist eine unumgängliche Notwendigkeit, daß das werktätige Volk durch flammenden Protest Verwahrung einlegt gegen diese unerhörte Ausbeutung und wie das in einzelnen deutschen Städten bereits geschehen ist, so fordern wir die Parteigenossen Deutschlands auf, allenthalben eine Protestbewegung gegen den Fleischwucher insbesondere, und gegen die agrarische Raubwirschaft im allgemeinen in die Wege zu leiten.

Berlin, den 26. August 1910.

Der Parteivorstand.

Wilhelm II. für den Absolutismus.

Der Kaiser hat auf einem Festmahl in Königsberg eine Rede gehalten, die nicht verfehlen wird, Gegenstand eingehender Diskussionen zu sein. Er wies auf die Bedeutung Königsbergs für die preußische Dynastie hin und fuhr dann fort:

„Und hier setzte sich mein Großvater wiederum aus eigenem Recht die preußische Königskrone aufs Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie von Gottes Gnaden allein ihm verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflichten versehe . . . Dieses Bild würde jedoch unvollkommen sein, wenn ich nicht einer Figur gedächte, die besonders in diesem Jahr das preußische und ich kann wohl sagen das deutsche Volk beschäftigt und von neuem gepackt hat. Es ist die Zeit unseres Zusammenbruches und unserer Erhebung gar nicht denkbar ohne die Gestalt der Königin Luise! . . . . Sie hat durch ihr Beispiel, durch ihre Briefe, durch ihr Zureden und durch die Erziehung ihrer Kinder dem Volk den Weg gewiesen, auf dem es sich wiederfinden konnte. Sie hat die Umkehr zur Religion und damit die Umkehr zur Selbsterkenntnis und zum Selbstvertrauen gewiesen. Sie hat unser Volk angefeuert zu dem Gedanken, sich wieder um den König zu scharen und die Freiheit zurückzugewinnen . . . . . Sie lehrt uns, daß, wie sie einst ihre Söhne vor allen Dingen mit dem einen Gedanken erfüllt hat, die Ehre wiederherzustellen, das Vaterland zu verteidigen, wir Männer alle kriegerischen Tugenden pflegen sollen; wie in der Zeit der Erhebung jung und alt herbeiströmte und das letzte hergab, wie selbst Frauen und Mädchen ihr Haar nicht schonten, so sollen auch wir stets bereit sein, um vor allem unsere Rüstung lückenlos zu erhalten, im Hinblick darauf, daß unsere Nachbarmächte so gewaltige Fortschritte gemacht haben. Denn nur auf unserer Rüstung beruht unser Friede. Und was sollen unsere Frauen von der Königin lernen? Sie sollen lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiete des Versammlungs- und Vereinswesens liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleich tun können, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie. Sie sollen die junge Generation erziehen, vor allen Dingen zum Gehorsam und zum Respekt vor dem Alter! Sie sollen Kindern und Kindeskindern klarmachen, daß es heut nicht darauf ankommt, sich auszuleben auf Kosten anderer, seine Ziele zu erreichen auf Kosten des Vaterlandes, sondern einzig und allein das Vaterland im Auge zu haben, einzig und allein alle Kräfte und Sinne für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen . .

„Ich hege die feste Hoffnung, daß alle hier versammelten Ostpreußen mich verstehen, und daß, wenn sie wieder heimgehen zu ihrem Werk und zu ihrer Hantierung, sie sich von diesem Gedanken erfüllen lassen. Alles soll mitarbeiten am Wohl des Vaterlandes, gleichgültig, wer und wo er sei. Und ebenso wird für mich der Weg dieser hohen Verblichenen vorbildlich sein, wie er meinem Großvater vorbildlich war.

Als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesansichten und -meinungen, gehe ich meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und der friedlichen Entwickelung unseres Vaterlandes gewidmet ist. Aber ich bedarf hierbei der Mitarbeit eines jeden im Lande, und zu dieser Mitarbeit möchte ich auch Sie jetzt aufgefordert haben . . .“

Der Kaiser hat in seiner Regierungszeit sich oft und rückhaltlos zum persönlichen Regiment, zum Anti-Konstitutionalismus bekannt. Die jetzige Rede übertrifft aber beinahe alle früheren. Sie wirkt wie eine Entladung nach langer, langer Ruhe, die der Kaiser nicht gewöhnt ist und die das Volk an ihm auch nicht gewöhnt war. Die Novemberstürme von 1908 sind noch bekannt. Den Abschluß bildete damals jene bekannte Audienz Bülows beim Kaiser in Potsdam, über deren Ergebnis die „Nordd. Allg. Ztg.“ am 17. November 1908 folgende Mitteilung brachte:

„In der heute dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte Se. Majestät der Kaiser und König einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen; er erläuterte ferner die Haltung, die er in den Verhandlungen des Reichstages über die Interpellationen eingenommen habe.

Se. Majestät der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit großem Ernste entgegen und gab seinen Willen dahin kund:

Unbeirrt durch die von ihm als ungerechtfertigt empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik erblickte er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Demgemäß billigte Se. Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten v. Bülow seines fortdauernden Vertrauens.“

Ob die „verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten“ bei dieser Rede gewahrt worden sind, d. h. ob Bethmann-Hollweg den Wortlaut der Rede gekannt hat und sie billigte, und ob er die Verantwortung dafür zu tragen gewillt ist, das wird sich ja bald zeigen. Leicht wird ihm die Verantwortung nicht sein. Schon jetzt regt sich in der bürgerlichen Presse ziemlich scharfer Protest gegen die kaiserliche Kundgebung.

Die „B. Z. am Mittag“ schreibt:

„Das erneute Bekenntnis des Königs zu Staatsauffassungen, die sich mit der modernen Verfassungslehre in keiner Weise vereinbaren lassen, wird auch außerhalb Preußens ein stürmisches Echo erwecken. Der Bedeutung dieser allgemeinen Kundgebung gegenüber verschwinden die angerührten Spezialfragen betr. die Rüstungen und die Frauenbewegung. In den Bundesstaaten wird man die schwere Enttäuschung bitter empfinden, die der 26. August gebracht hat, nicht nur bei den Völkern, sondern auch bei den Fürsten.

Vor allem bedarf es nun einer Erklärung darüber, ob die hochpolitische Königsberger Kundgebung im Einvernehmen mit Bethmann-Hollweg geschehen ist . . . ., hat Bethmann-Hollweg sich bereit finden lassen, einer politischen Kundgebung dieser Art zuzustimmen, so wird Rechenschaft von ihm zu fordern sein.

Wir leben nicht in einer Zeit, wo die Bürger geneigt sind, dem ersten Beamten des Reiches auch nur die leiseste Anzweifelung der Verfassungsautorität nachzusehen. Die Kundgebung in Königsberg bedeutet Sturm.“

Das „Berliner Tageblatt“ sieht in der Königsberger Rede eine späte Antwort auf die Reichstagsdebatten vom November 1908. Zu der wesentlichen Seite der Rede sagt das Blatt:

„Das deutsche Volk jedenfalls hält daran fest, daß das neue Reich ein konstitutioneller Staat ist, und auch das preußische Volk sich einen, wenn auch vorläufig sehr bescheidenen Einfluß auf die Verwaltung und Regierung des Staates erkämpft hat und nicht aufhören wird, sein Selbstbestimmungsrecht immer entschiedener geltend zu machen.“

Weiter bedauert das „B. T.“, daß der Kaiser jede Rücksicht auf Tagesansichten und -meinungen ablehnt, will aber trotz der letzten Rede die Hoffnung nicht aufgeben, daß „über trennende Theorien hinweg eine praktische Verständigung zwischen dem Willen des Kaisers und dem Willen des Volkes gefunden wird.“

Die „Vossische Zeitung“ erinnert daran, daß des Kaisers Protest gegen den Abrüstungsgedanken gerade in dem Augenblick erhoben werde, da der Herrscher des östlichen Nachbarreiches, der vor 12 Jahren in seinem Friedensmanifest es als höchste Pflicht für alle Staaten bezeichnete, den unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen, sich anschicke, deutschen Boden zu betreten. Zu der Stellungnahme des Kaisers zu Parlament und öffentlicher Meinung bemerkt die „Vossische Zeitung“:

„Einst hat Kaiser Friedrich auf den blutigen Schlachtfeldern Frankreichs seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß er auf dem Throne der erste Hohenzoller sein werde, der den verfassungsmäßigen Einrichtungen ohne Vorbehalt rückhaltlos zugetan sei. Zu diesen verfassungsmäßigen Einrichtungen gehört in erster Reihe auch das Parlament, über das sich der Sohn Kaiser Friedrichs hier wieder einmal im Tone des Unmuts ausspricht. Leider muß bezweifelt werden, daß seine Worte dazu angetan sind, die im Lande herrschende Mißstimmung zu bannen.“

Recht kräftige Töne findet die „Tägliche Rundschau.“ Sie beginnt ihre Bemerkungen wie folgt:

„Diese Rede deutet auf Sturm. Sie wird in diesen Tagen politischer Verstimmung und Verärgerung mehr als zu irgend einer anderen Stunde brausendes Aufsehen erregen. Sie wird es um so mehr, als man gerade in diesen Zeiten sich so scharf akzentuierter programmatischer Ausführungen aus dem Munde des Kaisers nicht versehen hätte.“

Es wird weiter ausgeführt, daß der Kaiser sich seit dem November anerkennenswerter Zurückhaltung befleißigt habe, um so mehr sei zu bedauern, daß er jetzt wieder auf den Gang der inneren Politik in einem Sinne einwirke, der ihr nicht von Nutzen sein könne. Niemals habe Kaiser Wilhelm die mittelalterlich-romantische Idee eines von aller Verantwortung vor Menschenurteil losgelösten, von aller Gebundenheit an die verfassungsmäßige Mitwirkung des Volkes befreiten Gottesgnadentums so scharf in Gegensatz gestellt, zu allen Stimmungen und Überzeugungen, die heute herrschen, und auf denen unser Staatswesen beruhe. Wilhelm sei ein konstitutioneller Monarch, aber warum dann dieses Betonen des Königtums von Gottes Gnaden, das weit im Lande Mißstimmung hervorrufen müsse und der antimonarchischen Agitation Nahrung gebe. Zum Schluß heißt es:

„Zu den wahrlich ausreichenden Kämpfen und Verstimmungen dieser Tage treten neue, denn die Kaiserrede wird wirken wie eine Kampfansage. Für die guten Monarchisten entsteht eine Lage mit einem Zuge tragischer Zerrissenheit.“

Das Blatt nimmt an, daß sich der Reichstag auch mit der Rede beschäftigen werde und wirft die Frage auf, ob sie mit Zustimmung des Reichskanzlers gehalten ist.

Die „Deutschen Nachrichten“ empfinden die „neueste rhetorische Leistung unseres Kaisers als eine herbe Enttäuschung. „Das Blatt fügt hinzu:

„Es ist kein Zweifel: Unser Staatsoberhaupt hat wieder Gesinnungen und Gedanken Ausdruck gegeben, zu denen er sich seit seiner 22jährigen Regierungszeit des öfteren, leider zu oft, bekannt hat, und die mit Recht eine starke Gegnerschaft erfuhren.

Eigenartig ist das Verhalten der Blätter des schwarzblauen Blocks. Die „Kreuzzeitung“ schweigt sich noch ganz aus. Sie druckt lediglich die Rede ab und zählt im Anschluß daran die Festlichkeiten auf, die stattfanden. — Der „Reichsbote“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Post“ und die „Germania“ bemühen sich in rührender Übereinstimmung, die Rede so harmlos als möglich hinzustellen. Der „Reichsbote“ meint, in der Berufung des Kaisers auf seine göttliche Sendung liege keine Proklamation des Absolutismus, sondern lediglich die Versicherung, daß der Kaiser sein Amt mit Gewissenhaftigkeit gegen Gott führe. Die „Germania“ ist der gleichen Meinung und freut sich über das göttliche Verantwortlichkeitsgefühl des Monarchen, fügt aber vorsichtigerweise hinzu: „Wünschen wird man freilich dabei, daß er keine falsche Vorstellung von seiner Eigenschaft als auserwähltes Instrument des Himmels gewinne und Ansichten und Meinungen anderer neben der seinen nicht unbeachtet lasse.“ Die Rüstungsfanfaren haben nach Meinung der „Germania“ keinen aktuellen Klang. — Die „Post“ freut sich ihrerseits wieder über die Rüstungsabsichten, möchte aber den sonstigen Teil der Rede auf Rechnung der „begeisterten Stunde“ setzen, in der sie gehalten wurde. — Am ehrlichsten ist noch die „Deutsche Tageszeitung“, die sich auf den Standpunkt des Kaisers stellt und behauptet, in der deutschen und in

der preußischen Verfassung sei für ein parlamentarisches Königtum kein Platz. Das Gottesgnadentum bleibe allein der feste Grund, nicht nur des Königtums, sondern aller Autorität. Werde dieser Grund unterwühlt, dann bräche alles zusammen. Jeder „völkisch empfindende Deutsche müsse den Ausführungen des Kaisers zustimmen. Sie bilden eine wertvolle Ergänzung zu der Rede, die sein ältester Sohn jüngst in Königsberg gehalten hat."

Politische Landschau.

Deutschland.

Die Zeiten ändern sich.

Als Wilhelm II. 1894 nach Königsberg kam, hat er von der Liste der eingeladenen Personen die Namen einer Anzahl Agrarier, wie der Grafen Kanitz, Mirbach, Dohna-Wundlack, eigenhändig gestrichen. Das war die Zeit, als der Kampf um die Getreidezölle tobte und Wilhelm II. sich ganz entschieden die Rolle des Brotwucherers verbat. Einer der „Ausgeladenen", dem die Lieferung der Forellen für die kaiserliche Tafel übertragen worden war, ließ die bereits abgesandte Sendung sofort zurückgehen und alle Welt hat damals darüber gelacht, daß das Kaiseressen ohne Forellen stattfinden mußte.

Inzwischen haben sich die Zeiten geändert, der Getreidezoll, den wir heute haben, ist höher als der, der nach Wilhelm II. Ansicht zum Brotwucher führen mußte und die agrarischen Frondeure von dazumal erfreuen sich lange wieder der kaiserlichen Gnadensonne. Das kam beim diesmaligen Besuch Wilhelm II. in Königsberg am allerdeutlichsten zum Ausdruck dadurch, daß die damals von der Einladungsliste gestrichenen Personen jetzt sogar mit Orden bedacht worden sind, in denen man nach bürgerlichen Begriffen eine „Auszeichnung" erblickt. Wenn Wilhelm II. sich beigehen lassen sollte, wieder einmal den Wünschen der Agrarier entgegenzuhandeln, dann wird er sie trotz aller „Gnadenbeweise" wieder in der schärfsten Opposition gegen seine Politik finden. Der Patriotismus der Agrarier steigt und fällt mit der jeweiligen Höhe der Brotzölle.

Fürst Eulenburg hat zwei Jahre Schonzeit.

Das Verfahren gegen Phili Eulenburg, der bekanntlich noch immer unter der Anklage des Meineides steht, ist, wie das „Berliner Tageblatt" aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, durch Beschluß der Staatsanwaltschaft am Berliner Landgericht auf zwei Jahre sistiert worden. Innerhalb dieser Zeit soll der Fürst auch von allen gerichtsärztlichen Untersuchungen verschont bleiben. Veranlassung zu dem Beschluß soll das im Mai durch den Gerichtsarzt Dr. Störmer abgegebene Gutachten über den Gesundheitszustand des Fürsten Eulenburg gewesen sein. Es ist jetzt über ein Jahr her, daß der Prozeß gegen den Fürsten abgebrochen wurde, weil er nicht verhandlungsfähig war. Eulenburg befindet sich z. Z. auf seinem Schloß Liebenberg.

Lindequist geht nach Afrika.

Wie die „Lüderitzbuchter Zeitung" meldet, soll der Staatssekretär v. Lindequist beabsichtigen, nächstes Frühjahr eine Inspektionsreise nach Südwestafrika zu machen.

Freisinn und Nationalliberale.

Die „Konservative Korrespondenz" vom 26. August schreibt unter der Spitzmarke: „Eine Feststellung":

„Soweit sich schon heute die Verhältnisse überblicken lassen, haben in 30 Wahlkreisen die Nationalliberalen bereits ein Bündnis mit den Freisinnigen geschlossen, um an Stelle eines rechtsstehenden Schutzzöllners einem freihändlerischen Freisinnsmann zum Mandat zu verhelfen. In Thüringen sollen nach dem Willen der Nationalliberalen die jetzt durch Schutzzöllner vertretenen Kreise Weimar, Mühlhausen, Merseburg, Eschwege, in freisinnige Hände fallen".

Russisches in Deutschland.

Am Montag nachmittag trifft das russische Kaiserpaar in der zu einer Festung umgewandelten Burg in Friedberg ein. Wie die bürgerliche Presse erfährt, wird die Bahnlinie von Eydtkuhnen an der russischen Grenze, bis nach Friedberg, von Polizei, Gendarmerie und sonstigen Sicherheitsbeamten in der schärfsten Weise überwacht werden. Vielleicht entschließt man sich noch, wie das in Rußland gebräuchlich ist, längs der ganzen Bahnstrecke ein militärisches Spalier zu ziehen, wie dies ja auch geschehen ist, als der russische Kaiser im vorigen Jahre den Nordostseekanal passierte. Zwar wird sonst immer behauptet, daß die zweijährige Dienstzeit beim Militär zu kurz sei, zu solchen Zwecken jedoch hat man in Deutschland stets Soldaten zur Verfügung.

Eine Anklage.

Auf die von der Stuttgarter Stadtverwaltung gegenüber Pressevertretern und in geheimer Sitzung gegenüber den Stadtverordneten über die frühere Polizeiassistentin Henriette Arendt erhobenen Anschuldigungen erläßt diese eine öffentliche Erklärung, in der sie unter Berufung auf das Zeugnis höherer Stuttgarter Gemeindebeamten und die in dem Disziplinarverfahren gegen sie geführten Akten diese Anschuldigungen als unwahr nachweist. Die Erklärung schließt mit den Worten:

Der Gang der Untersuchung, für die charakteristisch ist, daß von Herrn Dr. Albert eine Vernehmung der von mir beantragten Entlastungszeugen abgelehnt wurde, berechtigt zu der Annahme, daß die Untersuchung einseitig und parteiisch geführt wurde, zu dem Zweck, mich aus dem Amt hinauszudrängen, da man nicht wagte, meine von der Öffentlichkeit anerkannte, von der Stadtverwaltung jedoch als lästig empfundene Tätigkeit als Grund der Kündigung offen bekennen zu müssen. Daß der Stadtverwaltung nicht nur meine Tätigkeit, sondern auch das Amt einer Polizeiassistentin als solches lästig geworden ist, geht auch daraus hervor, daß sie seit über Jahresfrist eine Polizeiassistentin nicht mehr angestellt hat.

Rußland.

Dubrowins Rache. Das Ministerium Stolypin hat in letzter Zeit kein Glück mit seinen „treuesten Mitarbeitern". Nachdem der frühere Moskauer Stadthauptmann General Reinbott in seiner Verteidigungsschrift hinter die Kulissen des Staatsstreichministeriums hineingeleuchtet, deckt nun der Expräsident des russischen Volksverbandes, Dr. Dubrowin, der wegen seines reaktionären „Radikalismus" kaltgestellt wurde, den intimen Zusammenhang auf, der zwischen der Regierung und dem Pogromistenverband bestand. In seinem soeben erschienenen Buche: „Wohin führen die Usurpatoren den russischen Volksverband?" schildert Dubrowin in der gründlichsten Weise, wie die Regierung, um die revolutionäre Bewegung niederzuknüppeln, den Pogromistenverband ins Leben gerufen, wie sie ihn weiter zum Kampf gegen die konstitutionellen Errungenschaften benutzt, ihn als Wahlmacher ins Feld geschickt und so weiter. Nach diesen Enthüllungen unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß nicht nur einflußreiche Personen (und in erster Linie der Zar), sondern auch die Regierung den Pogromistenverband regelmäßig subsidierten. In dem Buche wird eingehend dargelegt, wie die Stellung der Regierung zum Volksverband sich in dem Maße änderte, als man von offenen Straßenpogromen zu anderen Kampfmethoden übergehen mußte. Bei Beginn seiner Tätigkeit wurde der Pogromistenverband von der Regierung mit Freuden begrüßt, aber nach dem Staatsstreich vom 16. Juni 1907 sank er in der Gunst seiner hohen Auftraggeber, denen er bei der in der dritten Duma eingeleiteten konstitutionellen Komödie nur hinderlich war. Dubrowin erhielt eine „Entschädigung" von 20000 Rubel und dem Generalrat wurde eine monatliche Unterstützung versprochen, wenn Dubrowin von dem Posten eines Vorsitzenden zurücktreten würde. Die Bedingungen wurden nach einigem Zögern angenommen; Dubrowin wurde entfernt, und die „Schmiergelder", die die Regierung lieferte, gelangten in die Hände des früheren Vizepräsidenten des Verbandes, Purischkewitsch. Der Volksverband erhielt nun den Auftrag, die Wahlen für die dritte Duma zu machen. Purischkewitsch versandte ein Scheinzirkular an die Verbandsfilialen mit dem Befehl, die Oktobristen bei den Wahlen zu unterstützen! Nachdem die letzteren, „mit Hilfe von Geld und der Beamten", die Mehrheit in der Duma erlangt, erhielten die Monarchisten, die für die Duma gewählt wurden, „die Unterstützung der Regierung in ihren persönlichen Angelegenheiten"! — Mit herzerfrischender Offenheit ist hier dargelegt, was sich hinter den Kulissen der Konterrevolution abgespielt hat. Neu ist vor allem die dokumentarische Bestätigung, daß die Oktobristenpartei mit Hilfe der von der Regierung geschmierten Pogromhelden in die Duma gewählt wurden, um dort vor der öffentlichen Meinung Europas in ihrem konstitutionellen Bettlermantel zu paradieren.

Portugal.

Wahlen in Portugal. Am Sonntag finden in Portugal die Parlamentswahlen statt, von denen von mancher Seite eine Änderung der Situation erhofft wird. In Lissabon soll nach dem „L. A." die republikanische Partei sehr große Aussicht haben, weil ihre Liste die angesehensten Persönlichkeiten der wissenschaftlichen Welt, darunter fünf Universitätsprofessoren und den Vizeadmiral Mos Reis, aufweist. In sämtlichen Wahlreden der Republikaner wird darauf bestanden, daß der König Manuel sich vor dem entscheidenden Wahlsiege erkläre, ob er gesonnen sei, die Einladung des Königs von Italien zur nächstjährigen Enthüllung des König-Viktor-Emanuel-Denkmals in Rom anzunehmen. Würde, so sagen die Republikaner, der König die Einladung ablehnen, so würde man daraus die ernstesten Konsequenzen ziehen. Inzwischen dauern die Unterhandlungen zwischen den Partei-Chefs der Republikaner und der linksstehenden Monarchistengruppe fort. Soweit sich bis jetzt übersehen lasse, denke niemand an einen gewaltsamen Umsturz, aber eine durchgreifende Änderung in allen religiösen, finanziellen und militärischen Fragen gelte als bevorstehend. In jüngster Zeit gingen allerlei unbestimmte Nachrichten über reaktionäre Putschversuche, die von der Regierung entdeckt worden sein sollten, durch die Presse. Die Regierung übt strenge Zensur über die Telegramme und läßt Nachrichten über die Vorgänge nicht durch. Ein Telegramm aus Lissabon, 26. August, gibt aber eine Art Bestätigung. Es lautet: Mit Rücksicht auf die Gerüchte von revolutionären Absichten der Konservativen sind Land- und Seetruppen konsigniert worden. Es wird strenge Zensur geübt. Weitgehende Vorsichtsmaßregeln sind getroffen worden.

Kampf den großen Volksschulsystemen.

Man schreibt uns:

Männer kommen und gehen, und mit ihnen kommen und gehen neue Gedanken und Anschläge; aber das konstante Gemeinwesen hat sich mit dem abzufinden, was solche Männer ihm bescheren. Beides, Nutzen und Schaden, kann tiefgreifend und dauernd sein. Darum erwächst dem Gemeinwesen die Pflicht, das Neue aufs sorgfältigste zu prüfen und ganz besonders, wenn es von vornherein nicht nur starkem Mißtrauen begegnet, sondern wenn sogar vor sachverständigem Urteil die stützenden Gründe in Nichts zusammensinken und andererseits der Nachweis geliefert wird, daß das Neue für weite Volkskreise schädigend wirkt.

Ein solches Neues sucht man uns jetzt zu bescheren, indem man für die Jugend unserer werktätigen Bevölkerung die großen 20- bis 24klassigen Schulsysteme, die sog. Schulkasernen oder Schulfabriken, wo 1000—1200 Kinder in einem Gebäude und unter einen Leiter zusammengebracht werden, einrichten will. Der ausschlaggebende Grund ist „Sparsamkeit".

Vom ersten Augenblick an, wo dieser sonderbare Gedanke des Schulrats Wychgram uns entgegengebracht wurde, sind wir mit aller Entschiedenheit dagegen aufgetreten. Zunächst aus dem Grunde: Die Volksschule ist für die Kinder des Volkes und deren Eltern da, und diese in ihrem Erziehungsgeschäft zu unterstützen, niemals aber für finanztechnische Operationen, zumal, wenn diese völlig nutzlos sind und nur schädigend wirken. Denn es ist einmal Tatsache, daß bei großen Schulsystemen nichts erspart wird, und zum andern, daß dieselben schwere erzieherische und soziale Schäden bringen.

Auf die schweren Schädigungen der großen Volksschulsysteme wollen wir heute die Eltern der Volksschüler einmal hinweisen. Sie haben ein Recht, wenigstens zu erfahren, was sie und ihre Kinder verlieren, wenn ihnen die bewährten 12klassigen Volksschulen, um die uns Fremde bisher beneidet haben, nun ohne jeden Grund genommen werden.

Es heißt die hohe Bedeutung und die intime Aufgabe der Volksschule völlig verkennen, wenn man auch nur einen Augenblick glaubt, ein großes System sei ebenso gut als ein kleines. Nein, ein 1000- bis 1200-köpfiges System kann seine Aufgabe nur mangelhaft erfüllen, es verkehrt eben völlig den Charakter der Volksschule. Denn: unsere Volksschule hat neben der Übermittlung eines bestimmten Wissens und Könnens vor allem den Zweck, Erziehungsschule zu sein. Und sie muß es sein, mehr als höhere Schulen. Diese erhalten ihre Schüler aus Familien, wo die Eltern oder andere Personen Zeit und Muße zum Erziehungsgeschäft haben. Nicht so ist es in den Kreisen unserer werktätigen Bevölkerung. Wie selten sehen da viele Väter ihre Kinder, morgens früh verlassen sie das Haus, und abends spät kehren sie heim. Oft ringen beide Eltern in täglicher harter Arbeit um die Existenz. Da ist für einen großen Teil des Tages die Straße mit all ihrem verderblichen Einfluß der Platz der Kinder; keine sorgende Hand, kein liebendes Auge wacht über sie! — Welche gewaltige Aufgabe hat hier die Volksschule zu lösen! Mit welchem Ernst hat sie zu arbeiten, damit das sittliche Wollen des Kindes erstarke und fest werde, auf daß es nicht jedem entsittlichenden Eindruck folge! Diese Aufgabe und damit ein großer Teil der Verantwortlichkeit für das sittliche Gedeihen des Kindes wird von den Eltern stillschweigend der Volksschule zugeschoben. Sie tun recht daran, denn die Volksschule ist für die Kinder des Volkes da, für die Eltern, denen ein hartes Geschick Zeit und Kraft raubt, die Erziehungsarbeit mit rechtem Erfolg allein zu tun. Und Gott sei Dank, besitzt unsere Volksschullehrerschaft zu allen Zeiten Idealismus genug, diese schwere Aufgabe als ihre höchste anzusehen.

Um so weniger aber sollte man die Erreichung dieser Aufgabe durch die Bildung großer Schulsysteme erschweren. Nur das kleine System, wo noch einigermaßen der Familiencharakter gewahrt ist, wo noch Familienodem weht, wo die Lehrer möglichst alle Schüler kennen, und wo lebendige, enge Beziehungen zwischen beiden geknüpft werden können, verbürgt am besten die notwendige sittliche Einwirkung. Und am nachhaltigsten wird sie da sein, wo, wie es im kleinen System der Fall ist, der Hauptlehrer mit seinen 20 wöchentlichen Unterrichtsstunden noch wirklich der Haupt-Lehrer und -Erzieher ist, wo er die 500—600 Kinder der Schule überschauen und individuell behandeln kann, wo er den Eltern Ratgeber zu sein vermag und die rechten Beziehungen zwischen Haus und Schule zu knüpfen imstande ist.

Aber dieses gute System will man uns nehmen, trotzdem je zwei kleine Systeme durchaus nicht teurer sind, als ein großes. Wie mag man das nur den Eltern, deren Kinder keine andere als die Volksschule besuchen können, antun! Sollten nicht vielmehr alle, denen die Pforten der Wissenschaft offengestanden, die aufgestiegen sind zu den Höhen des Lebens, denen, die unter der Not des Lebens ihr Dasein verbringen müssen, eine einwandfreie, ja die beste Schulorganisation für ihre Kinder bieten? Oder glaubt man etwa, daß das Interesse dafür, daß Vater- und Muttersinn in unserer Arbeiterbevölkerung erstorben ist? — Für die Verwaltung mag es einfacher und bequemer sein, wenig Schulen und möglichst wenig Hauptlehrer zu haben, aber daß ein solcher Grund bei der geplanten „Reform" mitbestimmend gewesen sein könnte, wollen wir nicht annehmen.

Man sehe einmal hinein in ein großes Volksschulsystem. Es bietet das strikte Gegenteil von dem, was wir oben beim kleinen System gepriesen haben. Eine tausendköpfige Woge wälzt sich der Schule zu, die Masse der Schüler und die Menge der Lehrer einander zumeist unbekannt. Kein engeres Band verknüpft die beiden Gruppen; der einzelne Lehrer kennt nur einen kleinen Bruchteil der Masse, der ihm nach bestimmter Frist unbekannt wird, weil er unterrichtlich nicht wieder damit in Berührung kommt. Darum heißt es dann beim Schüler auch nicht mehr wie jetzt: ich gehe zu diesem Hauptlehrer oder jenem Lehrer, sondern: ich besuche diese oder jene große Schule. Das Kind lernt sich fühlen als Teil der Masse, nicht als Einzelpersönlichkeit. Kann man solche Organisation auch nur noch entfernt als „Ergänzung der Familienerziehung" bezeichnen? Im Gegenteil, man schadet dadurch direkt dem Geiste der Familienerziehung. In der Familie schätzt man jedes einzelne Kind als ein teures Gut, dort sieht man es an als Einzelpersönlichkeit, die als künftiges Glied der sozialen Gesellschaft werteschaffend auftreten soll. In der Schulkaserne sinkt es herab zu einem Teil der großen Herde, und Herdensinn erwächst im kindlichen Gemüt.

Und was ist künftig der Leiter eines solchen großen Systems? In der Hauptsache Bureauarbeiter, nicht Lehrer und Erzieher. Er ist nicht mehr wie vordem der Mitarbeiter, der durch sein Beispiel zieht und wirkt; er teilt nicht mehr wie früher gleiches Leid und gleiche Freude mit den Lehrern, sondern steht ihnen ferner und kann nicht so wie früher den Geist im Kollegium pflegen, der die schwere Arbeit zu einer leichten und frohen und dadurch um so erfolgreicheren macht: er wird mehr empfunden als der Inspizient. — Er kann ferner die tausendköpfige Schar gar nicht überschauen. Das einzelne Kind wird für ihn ein Name, eine Nummer. Er soll oberster Richter sein in allen schwierigen Fällen der Erziehung, soll neben den Lehrern in erster Linie den Eltern (8—900

an der Zahl) Auskunft geben und kennt die Individualität der Kinder nicht!

Als Nummer erscheint gelegentlich das Kind am grünen Tisch, und als Nummer geht es fort, auf die Ermahnungen, die ihm dort geworden sind, vielleicht im stillen antwortend: Was der wohl will, der kennt mich garnicht wieder." Und doch ist auch dieser Schüler, mag er auch den Stempel der Armut und des Elends tragen, ein Kind, das Vatersorge und Mutterliebe in die Schule begleiten, in dem festen Vertrauen, daß dieselbe so eingerichtet sei, daß sie ihre Aufgabe an dem Kinde ganz löse. Doch was hilft's, es soll bei der Volksschule gespart werden, und wenn's auch beim Kinde nur „33 Pfennige im Jahr" sind.

Nur noch auf einen Nachteil der großen Systeme sei hingewiesen. Bei den Zusammenziehungen je zweier Schulen, wodurch in das eine Doppelschulhaus nur Knaben und in ein anderes nur Mädchen kommen, werden die Schulwege doppelt so weit und dadurch nachteilig zur Winterzeit, wo viele Kinder oft dünnes Zeug und zerrissenes Schuhwerk tragen; auch sind viele Kinder genötigt, das Mittagessen schnell einzunehmen.

Wir lassen es für heute genug sein der traurigen Bilder, können auch auf die Frage, die unsere Leser, voller Erregung, wohl an uns stellen möchten: „Warum will mann uns denn eigentlich solche Schulen aufhalsen?" beim besten Willen keine Antwort erteilen. Aber die Versicherung wollen wir zum Schluß geben: Unentwegt werden wir die Forderung erheben: „Keine Volksschule über 600 Kinder! Über je 5—600 Kinder ein Hauptlehrer!" Schlechteres darf man der Arbeiterbevölkerung nicht bieten, und wir werden „Reformen" auf dem Schulgebiete, die durch nichts begründet sind und nur schädigend wirken, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 27. August.

Achtung Maurer und Bauhilfsarbeiter. Die Kolonie-bauten in Rückniß sind wegen Akkordarbeit gesperrt, des weiteren der Bau C. Berlies, Ecke Rotlöscherstraße, wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten.

Zum Werftarbeiterstreik.

Die Werftbesitzer versuchen es mit Stimmungsmache. Sie erklären, daß sie im jetzigen Augenblick auf Arbeitswillige gar keinen Wert legen. Es befänden sich nur wenige Schiffe auf den Werften und es wären keine Aufträge vorhanden. Es hätten sich auch schon Nichtorganisierte zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet, seien aber zurückgewiesen worden mit dem Bemerken, daß sie dann wieder eingestellt werden könnten, wenn sich alle Ausständigen wieder zur Arbeit gemeldet hätten.

Der Kampf zieht in Hamburg immer weitere Kreise. Wir haben in den letzten Tagen schon mehrfach berichten können, daß in einer großen Anzahl kleiner Betriebe, in denen die Arbeiter gezwungen werden sollten, Streikarbeit zu verrichten, diese die Arbeit verweigert haben und zum Teil entlassen worden sind, zum Teil aus freier Entschließung die Arbeit niedergelegt haben. Im Laufe des gestrigen Tages haben nun die Arbeiter dreier kleinerer Gießereien auf Steinwärder, der Firmen Menk, Harms und Rabba, die Arbeit niedergelegt, weil man sie zwingen wollte, Streikarbeit zu verrichten. Es kommen in diesen drei Betrieben zirka 70 Arbeiter in Frage. Bei der Firma Rose, Metallwarenfabrik in Ottensen, haben aus dem gleichen Anlaß sämtliche Beschäftigte, etwa 80 Mann, die Arbeit niedergelegt. Zu diesen kommen noch die in den Reparaturwerkstätten der Woermann-Linie beschäftigten Arbeiter. Diese, etwa 280 Mann, sollten auch Streikarbeit verrichten und beschlossen darauf einmütig, die Arbeit niederzulegen. Ebenfalls die Arbeit niedergelegt haben die 10 Arbeiter der Firma Rothmann. Auch sie sollten gezwungen werden, Streikarbeit zu verrichten.

In der Mohlenhofstraße treibt eine gewisse Bertha Muskulus ihr Wesen, die Streikbrecher, nachdem sie sie um fünf Mark erleichtert hat, nach Blohm u. Voß vermittelt.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft sind den Unternehmern und der in deren Diensten stehenden Presse von jeher ein Gegenstand gehässiger und verleumderischer Angriffe gewesen. Man versucht es namentlich, der Öffentlichkeit vorzuschwindeln, daß die von den Arbeitern geleisteten Beiträge nicht für die Zwecke verwandt würden, für welche sie aufgebracht sind. Dadurch hofft man — allerdings vergeblich — Arbeiter vom Beitritt zu den Gewerkschaften abzuhalten und die Einigkeit der Mitglieder der Organisationen zu zerstören. Zu den Blättern, die periodisch den Verleumdungsfeldzug gegen die freien Gewerkschaften führen, gehört natürlich auch das amtliche Organ der freien und Hansestadt Lübeck, das Sprachrohr der Wahlrechtsverschlechterer und Brotwucherer, die „Lübeckischen Anzeigen". Obwohl das an chronischer Abonnentenschwindsucht leidende Blatt, dessen Weisheit plattenweise aus Hamburg bezogen wird, in Arbeiterkreisen keine Leser hat, die ihm auf den Leim hüpfen könnten, so erscheint es doch nicht unangebracht, die noble Kampfesart des Senatorenpapiers einmal der werktätigen Bevölkerung vor Augen zu führen. Bekanntlich ist vor kurzer Zeit der Jahresbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen, den auch wir auszugsweise wiedergegeben haben. Derselbe gibt in großen Zügen ein Bild der Leistungen der deutschen Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten. Diesen Jahresbericht benutzen nun die „Lübeckischen Anzeigen", um ihren Abnehmern resp. Auftraggebern folgendes weiszumachen:

„Unter den Angaben nämlich, welche der „Vorwärts" über die Art der Ausgaben macht, fällt der verhältnismäßig geringe Betrag von 6,3 Mill Mk. für „Streiks im Berufe" und von 0,56 Mill. Mk. für „Streiks in anderen Berufen und Ausland" auf, so daß der Verdacht rege wird, daß bei Benennung der Ausgabeposten eine gewisse Verschleierung stattgefunden hat; zu dem Zweck, die Wohlfahrtsausgaben größer erscheinen zu lassen, als die Streikaufwendungen. Abgesehen von den Verwaltungskosten, welche 1,5 Mill. Mk. betrugen, haben also die Streikausgaben, zu denen noch 1,07 Mill. M. für „Gemaßregelten-Unterstützung" kommen, insgesamt 7,93 Mill. Mk. betragen. Dann finden wir als Ausgabeposten, welche unzweifelhaft den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienten, nur zwei Etatspositionen, nämlich für „Beihilfe in Sterbefällen" und für „Beihilfe in Notfällen", zusammen 1,37 Mill. Mk. Die beiden größten Posten sind 8,6 Mill. Mk. für „Arbeitslosenunterstützung und 8,9 Mill. Mk. für „Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung", außerdem noch 0,5 Mill. Mk. für „Invalidenunterstützung". Die eigentümliche Bezeichnung, namentlich der beiden erstgenannten Posten, gibt zu denken. Es ist ja kein Zweifel, daß die Gewerkschaften auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge Anerkennenswertes leisten; allein bei der günstigen Wirtschaftslage ist doch wohl anzunehmen, daß die enorme Summe von 8,6 Mill. Mk. nicht allein für wirkliche Arbeitslose, sondern auch für solche Arbeiter verwandt wurde, welche aus politischen Gründen keine Arbeit hatten. Wenn man ferner bedenkt, daß die staatliche Krankenversicherung in ziemlich ausreichendem Maße für die erkrankten Arbeiter sorgt, und wenn man die Unklarheit der Bezeichnung „Arbeitsunfähigen-Unterstützung" berücksichtigt, so kann gar kein Zweifel sein, daß auch hier eine Verschleierung vorgenommen worden ist. Wenn wir von den 18 Mill. Mk. dieser drei Posten 10 Mill. Mk. für wirtschaftliche Zwecke und nur 8 Mill. Mk. als Streikausgaben rechnen, so dürfte ungefähr das Richtige getroffen sein. Es würde sich nunmehr bereits um etwa 16 Mill. Mk. Streikausgaben und etwa 11 Mill. Mk. Wohlfahrtsausgaben handeln. Nun aber finden sich in den Angaben des „Vorwärts" noch weitere Posten: 1,1 Mill. Mk. für „Reiseunterstützung" und 0,3 Mill. Mk. für „Umzugsunterstützung" und 0,3 Mill. Mk. für „Rechtsschutz", das sind zusammen 1,7 Mill. Mark, die zweifellos wieder den Kampfausgaben zuzurechnen sind, so daß im ganzen herauskommen (abgesehen von den 1,5 Mill. Mk. für Verwaltungszwecke) fast 18 Mill. Mk. für politische und nur etwa 11 Mill. Mk. für wirtschaftliche Ausgaben, wobei besonders auffällig ist, daß der „Vorwärts" über die Verwendung der restlichen 20 Mill. Mk. überhaupt keine Angaben macht."

Wir zweifeln nicht daran, daß es in den bürgerlichen Kreisen, deren Interessen das Amtsblatt zu vertreten hat, vielfach üblich ist, Dinge zu vertuschen und zu verschleiern. Das berechtigt die „Lübeckischen Anzeigen" aber noch lange nicht, bei den Arbeitern gleiche Gepflogenheiten vorauszusetzen. Nach Art gewissenloser Verleumder sucht man den Gegner zu verdächtigen, ohne für den Verdacht auch nur irgend einen Anhalt oder gar die Spur eines Beweises zu haben. Weil die Ausgaben für Streiks unserm vortrefflichen Amtsblatt nicht hoch genug sind, regt sich bei ihm der „Verdacht", daß Verschleierungen vorgekommen sind, und dann wird von ihm einfach die Umzugsunterstützung, Reiseunterstützung, Rechtsschutz, Arbeitslosen- und Arbeitsunfähigenunterstützung ganz resp. teilweise zu den „Kampfausgaben" geschlagen. Die Absicht, welche die edle Amtsblattseele bei diesem Fälschungsverfahren leitet, ist ohne weiteres klar erkenntlich. Sie tritt noch deutlicher in die Erscheinung, wenn die „Lübeckischen Anzeigen" im Sperrdruck hervorheben, „daß der „Vorwärts" über die restlichen 20 Millionen Mark überhaupt keine Angaben macht". Man will damit nämlich andeuten, als ob die Summe so im Dunkeln beiseite gebracht wäre, ohne daß man den Mitgliedern darüber Rechenschaft gegeben hätte. Und dabei muß auch den „Lübeckischen Anzeigen" bekannt sein, daß die einzelnen Gewerkschaften, welche der Generalkommission angeschlossen sind, gedruckte Berichte erstatten, welche bis ins kleinste Detail über alle Ausgaben und Einnahmen Aufschluß geben. Der Bericht der Generalkommission ist aber nur eine zusammenfassende Darstellung aller dieser Gewerkschaftsleistungen. Wenn man bei den „Lübeckischen Anzeigen" nicht polizeiwidrige Dummheit annehmen will, welche den von uns angezogenen Verleumdungsartikel diktiert hat, dann kann man nur Bosheit und Tücke als Motive ansehen, die nebenbei noch auf die Urteilslosigkeit des Bürgertums spekulieren. Es ist begreiflich, daß eine derartige verächtliche Handlungsweise nicht dazu beitragen wird, das Ansehen der Nationalliberalen, deren Organ die „Lübeckischen Anzeigen" sind, im Volke zu erhöhen.

Straßenbenennung. Durch Senatsbeschluß vom 20 ds. Mts. ist der auf der sogenannten Klosterkoppel ausgebauten Verbindungsstraße der Buseriststraße mit der Elswigstraße der Name Am Klosterhof beigelegt.

Aufgehobene Straßensperre. Die am 19. Juli ds. Js. angeordnete Sperrung der Strecke der Straße „An der Mauer", von der Mühlenstraße bis zur Weberstraße, ist wieder aufgehoben.

Aus dem Gerichtssaal. Vor der 3. Strafkammer stand der Hausdiener W., angeklagt wegen Diebstahls von 7 Mk. Neun Monate muß der Angeklagte über diese „Unvorsichtigkeit" nachdenken; der Staatsanwalt hatte „nur" 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust beantragt. — Wäsche allerlei Art, wie sie ein Mädchen benötigt, das in den Ehestand zu treten beabsichtigt, packte das hiesige achtzehnjährige Dienstmädchen M. aus einem fremden Koffer in den ihren und brachte sie zum Teil in die Wohnung der Eltern. Als der Besitzer der Wäsche — ein unverheirateter Mann — den Diebstahl gewahr wurde und die Untersuchung auf die Spuren der Angeklagten gelenkt wurde, bezichtigte diese erst eine andere Person als die Übeltäterin und behauptete schließlich, der Eigentümer des geraubten Gutes habe ihr dieses geschenkt, weil er sie vergewaltigt habe. Die Kunst der Rede versagte jedoch vor den Richtern. Das Unglückskind ist schon zweimal wegen Diebstahls vorbestraft — die erste Strafe, 6 Monate, war vom Senat bedingt erlassen — und so muß es den dritten „Fall" mit einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis büßen, wobei noch mildernde Umstände in Betracht gezogen wurden. — Vom deutschen Kellnerbund war für einen verunglückten Kollegen eine Extraunterstützung bewilligt. Ein Schneider aus Rawitsch vernahm dieses und stellte sich bei den Ortsgruppen des Bundes als der Unterstützungsbedürftige mit dem einen Bein vor; hier „holte" er sich 20 Mark und unterschrieb eine falsche Quittung. Auf zwei Wochen Gefängnis lautet das Urteil; für die Brandschatzung der andern Zahlstellen hat er bereits gebrummt, auch den Schaden wieder ersetzt. — Weit billiger davon gekommen ist ein Ingenieur H., der in Ratzeburg eine elektrische Überlandzentrale errichten wollte; Mittel besaß er freilich nicht dazu, aber dafür legte seine Mutter das auf 15 000 Mk. bewertete „Projekt ihres verstorbenen Mannes in die Gesellschaft als Kapital" ein. Für zwei weitere Ingenieure schoß eine Berliner Firma 2000 Mk. als Betriebskapital ratenweise vor, und so begann die Jagd nach dem großen Wurf. Doch fand er für das Projekt trotz vieler Verhandlungen und Vortragsreisen keine Anhänger. Sein Auftreten als „reicher Mann" mit 75 000 Mk. Vermögen und 600 Mk. monatlichem Einkommen, sowie die in Aussicht stehende Übernahme des Direktorpostens bei Eröffnung des großen Werkes verschaffte ihm Kredit. Noble Passionen bleiben bei solchen Herren nicht aus, aber dafür mangelt's an dem nötigen Kleingeld, das man im Augenblick nötig hat. Um diese Lappalien kümmert sich ein großer Geist wenig, pump, wer pumpen mag: Hotelwirt, Oberkellner, Bufettier und Hausknecht und was nur sonst noch kreditfähig ist, mußte herhalten. 467 Mk. wurden so zusammengekratzt und wieder flüssig gemacht. Für seinen Jagdhund will er 500 Mk. erhalten haben, in Wirklichkeit brachte das edle Tier nur 50 Mk. ein. Dann fuhr der Ingenieur nach Hamburg. Die gemachten Schulden wurden schließlich von ihm beglichen. Einen Ingenieur beschuldigte der Angeklagte, er habe der Gesellschaftskasse Beträge entnommen, die dieser erst später erhalten sollte. Der Staatsanwalt hielt drei Betrugsfälle für erwiesen, stellte einen in das Ermessen des Gerichts und beantragte in sechs Fällen Freisprechung. Auf zwei Monate Gefängnis lautete sein Antrag. Das Gerichte erkannte auf nur hundert Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis.

pb. **Beute eines Langfingers.** Aus dem Mannschaftslogis des Dampfers „Imatra" wurden in der Nacht vom 25. zum 26. d. Mts. eine blaue Tuchhose und 1 Paar Schnürschuhe gestohlen.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Schwartau steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Herrenlose Gegenstände.** Wie hier bekannt geworden, wurden am 19. ds. Mts. in einem Abteil des um 5,50 Uhr von hier nach Hamburg fahrenden Zuges, nachdem die Fahrgäste in Hamburg den Zug verlassen hatten, folgende Gegenstände gefunden: 5 Dublee-Uhrketten, 4 silberne Uhrketten, 12 Armbänder, 4 Uhren, 5 Paar Ohrringe und 2 Paar Manschettenknöpfe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Gegenstände aus einem Diebstahl herrühren.

pb. **Diebstahl.** Am Sonntag, dem 21. d. Mts., wurde aus der Wohnung eines Hauses der Travelmannstraße gestohlen eine fast neue dunkelkarierte Herrenhose und eine alte silberne Herren-Schlüssel-Uhr mit goldener Kette. Das Glas der Uhr war gesprungen und ein Zeiger abgebrochen.

pb. **Wer sind die Eigentümer?** Bei in Hamburg vor einiger Zeit festgenommenen Einbrechern wurden unter vielen anderen Sachen auch 15 verschiedene silberne, vergoldete Mokkalöffel mit verzierten Stielen gefunden, deren Eigentümer bisher nicht ermittelt werden konnten. Einer dieser Löffel trägt das Stadtwappen der Stadt Wismar mit der Aufschrift „Wismar".

Ringkämpfe. Daß der Zufall bei dem gleichwertigen Ringen eine Rolle spielte, konnte man am gestrigen Abend in dem Kampfe Lasartesse (Frankreich) gegen Strenge (Deutschland) beobachten. Lasartesse glitt aus; Strenge, diese Situation genau erkennend, warf sich blitzschnell auf seinen Gegner, hielt ihn einen Moment fest. Der Kampfrichter mußte natürlich Strenge als Sieger erklären. Ob einwandfrei, das sei dahin gestellt. Luppa siegte über van der Meulen bereits in 6½ Min. Unentschieden mußte der Kampf zwischen Omer de Bouillon und Reglin abgebrochen werden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Ein interessantes Programm weist der morgige Sonntag auf. Die große Doppelvorstellung, die um 7 Uhr beginnt, bringt zuerst das Lustspiel „Die goldene Eva" und außerdem Franz Lehars „Der Rastelbinder". Für Montag ist, vielfachen Wünschen nachkommend, eine nochmalige Wiederholung von „Auferstehung" vorgesehen. Die Vorstellung beginnt um 7½ Uhr, die Preise sind bedeutend ermäßigt. Als letzte Operetten-Aufführung wird am Mittwoch „Das süße Mädel" in Szene gehen und zwar als letzte volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen. Für Donnerstag wird, zum Benefiz für Helene Hohenfels, Henry Bernsteins Lustspiel „Der Dieb", in deutscher Bearbeitung von Rudolf Lothar, vorbereitet.

Hamburg. Todessturz eines Mädchens. Am Mittwoch nachmittag stürzte in Barmbeck die 4jährige Henni Rohwedder, Tochter des Töpfergesellen Rohwedder, eines Lübeckers, vom Balkon der zweiten Etage des Hauses 1 auf dem Grundstück Bartholomäusstraße 37 in den Hof und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie eine Stunde nach der Einlieferung im Krankenhaus St. Georg verstarb.

Kiel. Ein Nachspiel zu den Wahlrechtskämpfen in Kiel und Neumünster gab es gestern vor der Ferienstrafkammer I des Kieler Landgerichts. Angeklagt war der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genosse H. Brecour. Durch eine Notiz in der Nr. 124 der „Volkszeitung" soll er die Kieler Schutzmannschaft und die Polizeibeamten in Neumünster beleidigt haben. Die Notiz beschäftigte sich mit dem angekündigten Zarenbesuch und es hieß darin u. a.: „Wieder wird sich der hiesigen Bevölkerung Gelegenheit bieten, zahlreiche auswärtige und hiesige Spitzel in eifriger Tätigkeit zu sehen. Vielleicht geschieht der Besuch des Zaren auch zu Ehren der preußischen Kosaken von Kiel, Neumünster usw. wegen ihrer Heldentaten gelegentlich der Wahlrechtsdemonstrationen. Es soll den Hunnen dadurch wohl bezeugt werden, daß sie sich Väterchens würdig erwiesen haben." Genosse Brecour und sein Verteidiger führten aus, daß sich in dem Artikel lediglich die Empörung widerspiegelte, die in der Bevölkerung von Kiel und Neumünster wegen des Vergehens der Polizei am 13. Februar in Neumünster und am 15. März in Kiel geherrscht habe. Drei Zeugen, die Stadtverordneten Fürs-Neumünster und Rindfleisch-Kiel und der Schmied Rohwer bekundeten auch, daß eine gewaltige Empörung geherrscht habe. Sie schilderten auch das ungesetzliche Vorgehen der Polizei. Der Staatsanwalt erklärte, es sei bedauerlich, daß es keine Handhabe gäbe, die Vernehmung der durch die Verteidigung geladenen Zeugen abzulehnen. Er müsse darauf bestehen, daß auch von Amts wegen Zeugen geladen werden, die das Vorgehen der Polizei als gerechtfertigt bekunden sollten. Hierauf ging das Gericht jedoch nicht ein. Das Gericht verurteilte den Genossen Brecour wegen formeller Beleidigung zu 300 Mk. Geldstrafe, event. für 10 Mk. 1 Tag Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis oder, wenn auf eine Geldstrafe erkannt werden sollte, 600 Mk. Geldstrafe (nach Halleschem Muster) beantragt. — Das Ansehen der Polizei wird dadurch doch nicht wieder gehoben.

Bremen. Rettung aus Seenot. Laut telegraphischer Nachricht aus Fayal hat der Lloyddampfer „Königin Louise", Kapitän Harrakowitz, der sich auf der Reise von Neuyork nach Genua befindet, am 24. August bei 40,5 Grad Nord und 44,24 Grad West das englische Schiff „Harvest Queen" aus Windsor, Novascotia, in sinkendem Zustande angetroffen, und hat die gesamte Mannschaft, nachdem das Schiff angezündet worden war, an Bord genommen. Auf der „Königin Luise" befindet sich alles wohl.

Bremen. Der Staatsarbeiterstreik beendet. Eine Versammlung der Bremer Staatsarbeiter beschloß mit großer Majorität, den über die Bremer Staatsbetriebe verhängten Streik aufzuheben und die von den Deputationen vorgeschlagene Lohnerhöhungen anzunehmen.

Bremen. Eine Flugmaschine verbrannt. Ein trauriges Schicksal hat den Ingenieur Strangmann in Bremen betroffen, der seit einem Jahre mit der Herstellung einer Flugmaschine eigenen Systems beschäftigt war. Er hatte in dem Orte Heilshorn eine große Flughalle mit Wohn- und Schlafräumen für sich und seinen Mechaniker bauen lassen und den Flugapparat in den letzten Tagen fertiggestellt. Auch ein nach eigenen Plänen konstruierter Motor von sechzig Pferdekräften war bereits eingebaut. In der Donnerstag-Nacht brach in der Flughalle aus noch nicht aufgeklärter Ursache Feuer aus und vernichtete das Gebäude und die Flugmaschine vollständig. Der Wert des verbrannten Objektes beträgt rund 23 000 Mark. Dem Erfinder sind die gesamten Ersparnisse durch den Brand verloren gegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Meine
Pfand-Auktion
findet am **19. u. 20. September** bei Herrn **Ahrens,** Marlesgrube, statt, wozu Kaufliebhaber einladet
L. S. Baruch, Pfandleiher.
NB. Prolongation nur bis 14. September.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

---

en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
HEINR. HAGELSTEIN
Königstrasse 85

Westf. Hartkoks,
Gaskoks,
Braunkohlen-Briketts,
Anthrazitkohlen,
Nusskohlen,
Holzkohlen,
Grude
Holz
in nur **erstklassiger** Qualität liefert zu billigsten Sommerpreisen
Hans Lübcke,
Wickedestr. 33/35,
Telephon 2378.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten **Verlobungsringe** an meine **Arbeiter-Kundschaft verkaufe.**
G. Creutzfeldt, Goldschm., Sandstr. 4.

Ueberall zu haben.
Fabrikation und Vertrieb der
Bilz alkoholfreien Getränke
Georg Hembd, Lübeck.
Fernsprecher 642.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Hochfeine
Meierei-Butter
per Pfund nur
1.19 Mark.
Alter
Tilsiter Käse
per Pfund nur 60 Pfg.
bei
Butter-Scharnberg,
Kohlmarkt 8.

Neu eingetroffen: Gr. Sendung
Tafeläpfel 2 Pfund **25** Pfg.
Kochäpfel Pfund **10** Pfg.
Tafelbirnen, Amandlis, 2. Sorte 2 Pfund **25** Pfg.
Beurré-gris Pfund **25** Pfg.
ff. Kochbirnen Pfund **15** Pfg.
Fischergrube 42.

Oeffentliche
Kartell-Versammlung
am Dienstag, 30. Aug.,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1910.
2. Abrechnung vom Gewerkschaftsfest
3. Eingänge.

Die Kartellkommission.

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Sektions-Versammlung
am Montag, 29. Aug.,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Bericht der Lohnkommission betr. die Firma F. Lüth.
2. Innere Verbandsangelegenheit.

Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Sonntag, den 28. August 1910:
Versammlung
in Kücknitz
im Lokale des Herrn **Dieckelmann.**
Die Lübecker Kollegen treffen sich um 2½ Uhr beim Geibelplatz.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Arb.-Radf.-Vereine!
Gau 4, Bezirk 2.

Die am 28. ds. Mts. geplante Agitations-Tour findet **nicht** statt.
Die Bezirksleitung.

Zentral-Verband der Dachdecker Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Einladung zum
BALL
am Sonntag, 4. September
im Lokale des Herrn Fürböter, „Wakenitz-Bellevue."
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.

Das Komitee.

Achtung Moisling!
Sozialdemokratischer Verein Lübeck, Ortsgruppe Moisling.
Lassalle-Feier
bestehend in
Referat, Gesangsvorträgen und sonstigen Aufführungen
am Sonntag, d. 28. August 1910 im Lokale des Herrn Schreiber.
Anfang 6 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Tanzkränzchen

Gasthof Transvaal, Schwartau.
Sonntag, den 28. August:
Grosse Tanzmusik.
— Anfang 4 Uhr. —
Robert Pinkert.

Zur gefl. Beachtung!
Mein Lager bei der Drehbrücke ist morgen, Sonntag vormittag
von 6—9 Uhr geöffnet.
Ab Lager alle Sorten
im Preise ermäßigt.
Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß dieses der einzige Sonntag ist, an dem die billigen Sommerpreise gelten.
Christian Gäde,
Brennmaterialien.
NB. **Ia. Hartkoksbriesvorrätig.**

Wiegels Konservierungs-Honig-Essig
beliebter und bewährter Einmacheessig, in den meisten einschlägigen Geschäften erhältlich. Fabrik: **Fischergrube 61.**

Gewerkschaftshaus Lübeck
Johannisstraße 50—52.
Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.
ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12–2 Uhr.

Gesangverein der Zimmerer.
Einladung zum Sommerfest
bestehend aus
Konzert, Gesangsvorträgen und Ball, sowie Herren-, Damen- und Kindervergnügen
am Sonntag, dem 28. August 1910
im Gewerkschaftshaus, Johannisst. 50-52.
Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Ende 2 Uhr.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
NB. Die Tombolalose müssen Sonntag oder bis Dienstag abend abgeliefert sein, widrigenfalls sie als verkauft gelten.

Volksgarten.
Sonntag, den 28. August:
Grosses Solisten-Streichkonzert.
Anfang 4 Uhr. — Eintritt frei.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **J. Brielmaier.**

Einladung zum Ball
der Gärtner und Arbeiter der Friedhöfe
am 28. August 1910
im Lokale des Herrn Gutsche, Neu-Lauerhof.
Anfang 4 Uhr. Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Ende 2 Uhr.
Blumen-Polonäse 9 Uhr.
NB. Der Saal ist festlich dekoriert. **Das Komitee.**

Schweinegilde St. Lorenz u. Umgegend.
BALL
am Sonntag, d. 28. August 1910,
im Lokale des Herrn Kühn, „Hansa-Halle".
Anfang 5 Uhr. Um 10 Uhr: **Laternenpolonäse.** Ende morgens.
Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei.
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Einsegel.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. **F. Jenkel.**

Waisen-Hof. Fackenburger Allee 56.
Sonntag: Tanz.
Eintritt frei. Musik: Harmonikaklub.
Gustav Gipp.

Konzerthaus Heinrichshof
Ratzeburger Allee.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.

Adlershorst.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Am Sonntag, d. 28. Aug.
Tanzkränzchen
in nachstehenden Lokalitäten:
Hansa-Halle.
Heute, Sonntag,
Ball der St. Lorenz-Schweinegilde.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Wakenitz-Bellevue.
Heute, Sonntag:
Tanzkränzchen.
H. Fürböter.

Friedr.-Franz-Halle
Großes Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
L. Stamer.

Louisenlust.
Gr. Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Johs. Benn.

Friedrichshof.
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei. **J. H. Hagelstein.**

FLORA.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. **Max Siems.**

Central-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Einladung zum
BALL
der Arbeiter der Lübecker Eisgenossenschaft
am Sonntag, d. 28. August
im Lokale des Herrn Fürböter,
Wakenitz-Bellevue.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Das Komitee.

Hansa-Theater
Beginn des Konzertes 8 Uhr, Beginn d. Vorstellung 8½ Uhr.
Heute Sonnabend, 27. August:
Fortsetzung der
Finale-Kämpfe.
Es ringen:
Reglin, Meisterringer von Lübeck, **Om. de Bouillon** Champion von Belgien.
gegen
Georg Strenge Meisterringer von Europa, **Lasartesse,** Weltmeister i. Mittelgew.
Ferner:
Entscheidungskampf
zwischen
Luppa, Mähren,
und
Max Schwarz bester Ringer von Berlin.
Vorher große
Spezialitäten-Vorstellung.
Vorverkauf bei Sager.

Stadthallen-Theater.
Sonntag 7 Uhr. 70. Ab.-Vorst.
Große Doppel-Vorstellung.
Die goldene Eva.
Lustspiel in 3 Akten.
Der Rastelbinder.
Operette in 3 Akten v. F. Lehar.
Montag 7½ Uhr. 71. Ab.-Vorst.
1 Mk., 50 Pfg., 30 Pfg.
Leo N. Tolstoi:
Auferstehung.
Mittwoch: Letzte volkstümliche Operetten-Aufführung.
Das süße Mädel.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 200. Sonnabend, den 27. August 1910. 17. Jahrg.

Internationaler Sozialistenkongreß.

Die Sozialdemokraten und die klassenbewußten Gewerkschaftler aller Länder vereinigen sich in der nächsten Woche zum Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen, um von neuem ihrer alle Völker umspannenden Solidarität Ausdruck zu geben. Immer mächtiger schwillt der Strom der freien Arbeiterbewegung in allen Ländern an, immer bedeutsamer und stärker besucht werden daher auch die internationalen Sozialistenkongresse. Der Kopenhagener Kongreß insbesondere dürfte alle seine Vorgänger in den Schatten stellen. Statt der ursprünglich vorgesehenen 500 Delegierten werden weit über 700 zusammenkommen. Nach den Mitteilungen des internationalen Sekretärs, des neugewählten belgischen Abgeordneten Camille Huysmans, stellen die nordischen Länder allein etwa 300 Kongreßteilnehmer, Deutschland bekanntlich 200, von denen Partei und Gewerkschaften je 100 entsandt haben. Dem Kongresse vorausgehen, meist am Freitag und Sonnabend, Tagungen zahlreicher internationaler Berufskongresse, von denen die Werftarbeiter schon jetzt versammelt sind.

Gleichfalls für die letzten Tage dieser Woche ist die zweite internationale sozialistische Frauenkonferenz von ihrer Sekretärin, der Genossin Zetkin, zusammenberufen worden. Die sozialistischen Parlamentarier sind schon häufiger zusammengetreten; auch sie tagen diesmal schon zu Beginn der Hauptverhandlungen des Kongresses, um darüber zu beraten, wie immer mehr die parlamentarischen Aktionen der Vertreter der Arbeiterklasse einander angepaßt und durch ihre Übereinstimmung und Gleichzeitigkeit die Wirkungen verstärkt werden können.

Zur Vorbereitung der Hauptverhandlungen tritt das Internationale Sozialistische Bureau gleichfalls schon am Freitag zusammen. Es dürfte eine Reihe schwerwiegender Entscheidungen zu treffen haben: Der holländische Parteistreit, die Versuche zur Herbeiführung einer Einigung zwischen den beiden bisher getrennten sozialistischen Parteien in England, das Vorgehen der Tschechen gegen die einheitliche Gewerkschaftsaktion in Österreich, die Zulassung der zionistischen Sozialisten, die Beschwerde der ungarischen Parteileitung über die Kritik einiger deutschen Parteibläter — dies und manches andere dürfte das Internationale Sozialistische Bureau eingehend beschäftigen, damit möglichst vor dem Zusammentritt des Kongreßplenums die dem Bureau überwiesenen Streitfragen geschlichtet sind. Der Kongreß selbst wird am Sonntag, dem 28. d. M., vormittags 10 Uhr, eröffnet werden; am nachmittag findet ein großes Meetung und Volksfest im Söndermarken-Park statt. Ein großer Demonstrationszug der Kopenhagener Arbeiter wird zum Festplatz hinausführen, wo Redner aller Nationen Ansprachen halten werden. Wie „Sozialdemokraten", unser Kopenhagener Parteiblatt mitteilt, werden sprechen: Für Deutschland: Singer, Molkenbuhr, Legien; für England: Keir Hardie, Hyndman, Ramsey Macdonald; für Österreich: Dr. V. Adler, Pernerstorfer; für Belgien: Anseele, Vandervelde, Fournemont; für Böhmen: Nemec; für Amerika: Morris Hilquit; für Finnland: Yrjo Sirola; für Spanien: Francisco Mona; für Frankreich: Jaures, Vaillant, Guesde; für Holland: Troelstra, van Kol; für Norwegen: Nielsen, Lian; für Schweden: Branting, Lindquist; für Polen: Rosa Luxemburg, Kautsky; für Rußland: E. Raubanowitsch; für die Türkei: M. Barandian. Kampfgesänge und Belustigungen werden das groß angelegte Volksfest abschließen.

Am Montag tagen die einzelnen nationalen Sektionen, um ihre Stellung zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen festzulegen. Daneben wird die Zusammenkunft der Vertreter der Parteipresse stattfinden. In der deutschen Sektionssitzung am Montag entscheidet es sich auch, ob die Maifeierfrage erneut auf dem internationalen Kongreß verhandelt wird; stellt Deutschland nicht einen dahingehenden Antrag, so bleibt es ohne weiteres bei den früheren Kongreßbeschlüssen, die die Arbeitsruhe am 1. Mai als würdigste Form der Maifeier proklamieren. Von Dienstag an beraten dann 7 Kommissionen über die 7 bisher festgesetzten Tagesordnungspunkte; das sind:

1. Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Das Schiedsgericht und die Abrüstung.
4. Die Internationalen Ergebnisse der Arbeiterschutzgesetzgebung.
5. Organisation einer internationalen Kundgebung gegen die Todesstrafe.
6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der Internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.

Von größeren Differenzen, die in diesen Fragen bei den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder bestehen, ist bisher nichts bekannt geworden. Höchstens in der Genossenschaftsfrage hat sich ein Teil der internationalen Sozialdemokratie für die enge organisatorische Verbindung von Genossenschaft und Partei entschieden, während in den germanischen Ländern das schon gesetzlich unmöglich wäre. Der Kongreß wird beiden Strömungen gerecht zu werden suchen und nur die Verpflichtung der klassenbewußten Arbeiterschaft zur Unterstützung der Konsumentenorganisationen aussprechen. Die Stellung der einzelnen Parteien zu den Fragen des Internationalen Kongresses wird sich allerdings erst übersehen lassen, wenn alle Gutachten und Berichte über die Parteientwickelung der einzelnen Länder in den letzten Jahren vorliegen. Bisher hat nur ein geringer Teil dieser Materialien veröffentlicht werden können.

Schließlich wird noch während des Kongresses die zweite internationale Jugendkonferenz tagen, die von Dr. Dannenberg-Österreich und Dr. Karl Liebknecht einberufen ist. Auch die Frage der antimilitaristischen Propaganda soll dort erneut erörtert werden. — Ein fast zu reiches Arbeitsprogramm harrt also der Internationale in Kopenhagen. Möge es zum Heile des internationalen Proletariats aller Länder bearbeitet werden! Als der letzte internationale Kongreß im August 1907 in Stuttgart stattfand, war die deutsche Sozialdemokratie gerade „niedergeritten" worden. Heute reiten wir mit dem Sturmwind vorwärts. So dürfen wir deutschen Sozialdemokraten mit gehobenen Gefühlen nach Kopenhagen wandern: können wir doch den ausländischen Brüdern Kunde bringen von der enorm rasch wachsenden Schar deutscher Proletarier, deren ganzer Geist erfüllt ist vom sozialistischen Kulturideal des Völkerfriedens und internationaler Gerechtigkeit.

Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Magdeburger Parteitag.

Dem umfangreichen Bericht über die Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion, den diese an den Parteitag in Magdeburg erstattet, entnehmen wir folgendes:

Gegen das Vorjahr war die innerpolitische Lage total verändert. Der Bülowblock, die unnatürliche politische Verbindung von Konservativen und Liberalen, war an der Finanzreform kläglich zerschellt, nachdem sein Gründer und Meister vorher wiederholt nur mit größter Mühe und unter Androhung seines Rücktritts das brüchige Gebilde vor dem Zerfall bewahrt hatte. Der natürliche und deshalb lebensfähigere schwarz-blaue Block, gebildet von den Konservativen und dem Zentrum, hatte im Sommer 1909 den 500-Millionen-Steuerraub am Volke vollbracht. Dann wird die berechtigte Erregung und Empörung der weitesten Volksschichten geschildert und der bedeutungslose Ministermassenschub kritisiert, bedeutungslos deshalb, weil er keinen Systemwechsel mit sich brachte.

Die Stärke der Fraktion wuchs infolge der bekannten Nachwahlerfolge auf 47, inzwischen gar auf 51.

In heller Kampfesfreude ist die Fraktion im November an ihre Arbeit gegangen. Wo immer sich eine Gelegenheit bot, ist sie mit der gebotenen Entschiedenheit für die Interessen der Masse des Volkes eingetreten. Immer neue Vorstöße wurden gegen die Regierung unternommen. Keine Gelegenheit wurde versäumt, um für den politischen und kulturellen Fortschritt einzutreten. An der Beratung aller Gesetzentwürfe und sonstigen Verhandlungsgegenstände nahmen die Mitglieder der Fraktion regen Anteil, sowohl im Plenum als auch in den Kommissionen. Wo es geboten war, haben die Redner der Fraktion scharf und unzweideutig den prinzipiellen sozialdemokratischen Standpunkt zu den zur Erörterung stehenden Fragen zum Ausdruck gebracht. Nicht weniger nachdrücklich war die Fraktion wie von jeher bemüht jede Gelegenheit auszunutzen, um zum Wohle und im Interesse des Volkes, besonders der Arbeiterschaft und der minderbemittelten Schichten, der kleinen Beamten, der um ihre Existenz hart ringenden kleinen Handwerker und Bauern, praktische Arbeit zu leisten. Wo eine Gefährdung von Arbeiterinteressen nicht auf dem Spiel stand, wurde Handel und Industrie nach Kräften zu fördern gesucht. Praktische Erfolge, die der Arbeit der Fraktion zu danken sind, treten häufig nach außen nicht unmittelbar in die Erscheinung, weil sie der unermüdlichen Arbeit in den Kommissionen entspringen. Anregung zu neuen gesetzgeberischen Arbeiten wurde durch 11 eingebrachte Gesetzentwürfe gegeben, betreffend den Schutz der Bauarbeiter, die Änderung des § 63 des Handelsgesetzbuches, die Beschlagnahme von Lohn, Heimarbeiter- und Hausgewerbetreibendenschutz, Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, drei Entwürfe betreffend Abänderung der Verfassung des Reiches, Abänderung des Zolltarifgesetzes, das Wahlrecht in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen, und schließlich betreffend die Einsetzung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Tatsachen. Gegen 20 Anträge wurden eingebracht; in den meisten wurde die Vorlegung von Gesetzentwürfen sozialpolitischen Charakters gefordert.

Infolge sozialdemokratischer Interpellationen wurde im Reichstage über den Mansfelder Bergarbeiterstreik, die Werftskandale, den Arbeitsnachweis im Ruhrrevier, die Notlage der Tabakarbeiter und zur Unterstützung der preußischen Wahlrechtsbewegung über das Reichstagswahlrecht, die Zulässigkeit von Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel und noch vieles andere verhandelt. Die Hinausschiebung der Witwen- und Waisenversicherung, die Verschleppung der Veteranenfürsorge wurde von unserer Fraktion gegeißelt und bekämpft. An der fruchtbringenden Handelsvertragspolitik wurde in allen Einzelheiten bei den Verträgen mit Bolivia, Großbritannien, Schweden, Vereinigte Staaten und Portugal mit Eifer und Sachkunde mitgearbeitet. In den Kreisen des Handels und der Industrie herrscht arge Verstimmung, weil jetzt zutage tritt, daß die Hochschutzzollpolitik die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern stört und den Abschluß günstiger Handelsverträge erschwert oder gar unmöglich macht. In allen handelspolitischen Fragen hat es sich gezeigt, wie falsch die Behauptung unserer Gegner ist, daß die Sozialdemokratie ganz einseitig sich nur um Arbeiter-

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

77. Fortsetzung.

„Unsinn," meinte Lockhaart, der die Worte nur halb verstanden, „möchte wahrhaftig wissen wofür. Ich habe dem Gouverneur nur geschrieben, daß wir mit einander über See gekommen wären. Wenn Sie das für eine Schmeichelei nehmen, ist es ihre eigene Schuld; der Gouverneur hat es schwerlich getan, sonst — hätten Sie keinen Paß bekommen."

„Ich weiß," sagte Holderbreit errötend, „daß Sie überhaupt gern jeden Dank vermeiden."

„Tun Sie mir den einzigen Gefallen und werden Sie nicht weitläufig. — Wem gehört denn der verfluchte Marterkasten mit seinem ewig grünen Jungfernkranz?"

„Er ist, glaub ich, Eigentum des Wirts."

„Ich wollte, ich hätte ihn einmal auf etwa fünf Minuten in der einen und einen guten Hammer in der andern Hand —"

„Wären Sie vielleicht imstande, mir die beiden fehlenden Stifte wieder zu ersetzen?" fragte da Mynheer Soltersdrop, der nur ungefähr die letzten Worte verstanden hatte, ihnen aber einen ganz andern Sinn gab; „ich würde mich sehr gern erkenntlich erweisen."

„Wer? Ich?" sagte Lockhaart und sah den Mann mit einem halb wütenden, halb drolligen Blicke an. Das Komische der Situation gewann aber bald die Oberhand und er rief, indem er in das ihm angewiesene Zimmer hineintrat:

„Ja, ich denke, ich kann's — bringen Sie mir den Kasten nur nachher einmal in mein Zimmer — und einen Hammer sowie eine Zange dazu." — Und mit diesen Worten warf er ingrimmig lächelnd die Tür hinter sich ins Schloß.

42.

Die Reisenden befanden sich nach einer halben Stunde etwa in dem behaglichen Zustand, den ein Bad nach einer staubigen Fahrt gewährt, tranken ihr Gläschen Genevre*), was dort vor Tisch für das Gesündeste gehalten wird, und befahlen — wenn es auch indessen Nacht geworden war — ihr Diner.

Draußen hatte sich unter der Zeit ein tüchtiges Unwetter zusammengezogen; die Wolken ballten sich zu dichten drohenden Massen, Blitze zuckten und der Donner krachte in kanonenähnlichen Schlägen über das Land, während ein strömender Regen niederschüttete. Aber niemand fürchtet hier ein solches Gewitter, das seine Blitze höchstens einmal an einem Stamme niederschmettert. So lange es regnet, hält man sich eben im Haus, und wenn die Wolken vorbeigezogen sind, dauert es kaum eine halbe Stunde, und der warme Boden hat auch die letzte Feuchtigkeit eingesogen. Salomon Holderbreit sah diesem Toben der Elemente allerdings nicht mit der Ruhe zu, wie die übrigen. Es war das erste Gewitter, das er in Indien erlebte, und nie hatte er so furchtbar grelle Blitze, so Ohr und Sinne betäubenden Donner gehört, wie hier. Auch solcher Regen war ihm noch nie vorgekommen, der wie ein dichter Schleier die ganze Welt um ihn her durch nasse Faden abschloß, denn unter einem Wasserfall hätte es kaum stärker gießen können.

Doch: gestrenge Herren regieren nicht lange. Was aussah, als ob es die Banden der Welt auseinander sprengen wollte, zog mit einem Lufthauch vorüber, und während sich am einen Ende des Städtchens noch die Palmen wie zur Flucht bogen und die langen, gefiederten Blattstiele flehend gen Himmel warfen, lachte am andern Ende schon wieder der blaue Äther durch, an dem jetzt einzelne Sterne hell ausfunkelten und ihr mildes Licht zur Erde niedergossen. Die beiden zuletzt gekommenen Reisenden nahmen dagegen nicht die geringste Notiz von dem Wetter, so arg es auch toben mochte. Wie sie bereit waren — wenn auch draußen die ganze Natur in Aufruhr schien und die Luft ordentlich nach Schwefel roch — ließen sie die Lampen anzünden, beorderten ihre Mahlzeit und begannen dieselbe, trotz den zuckenden Blitzen und schmetternden Donnerschlägen, so ruhig, als ob ihnen nicht selber der wilde Feuerstrahl das Dach im nächsten Augenblick über den Köpfen zusammenschlagen könne.

Um den Tisch standen mehrere Malayen, sie zu bedienen, und Lockhaart, von der langen Fahrt sehr hungrig, hatte schon ernstlich begonnen, in die trefflich zubereiteten Speisen einzuhauen. Da fiel ihm die frühere Gesellschaft ein, die sie bei ihrer Ankunft hier getroffen, und rasch hob er den Kopf, sich nach ihr umzusehen. Salomon Holderbreit hatte für den Augenblick den Salon verlassen, um sich in sein eigenes „Kämmerlein" zurückzuziehen. Das Gewitter machte einen zu bewältigenden Eindruck auf ihn, als daß er das profane Teller-, Messer- und Gabelgeklapper hätte dazu hören mögen. In der andern Ecke des Saales aber saß noch der andere Gast, und zwar ziemlich außer dem Bereich der Lampen, so daß man seine Züge nicht mehr deutlich erkennen konnte. Nur die blendend weißen Zähne schimmerten klar und deutlich vor, und gaben, mit den unbestimmten Umrissen des dicken, gelben Gesichts, dem Ganzen etwas unheimlich Totenkopfartiges.

„Wo zum Henker hab' ich nur diese konfiszierte Physiognomie schon einmal gesehen?" murmelte Lockhaart halblaut vor sich hin. „Kennen Sie den Burschen nicht, Wagenaar?"

„Welchen?"

„Sehen Sie nicht gleich hin — den dort hinten in der Ecke links von Ihnen — genau links in einer Linie." Die beiden aßen nun wieder eine Weile schweigend fort, und dann drehte Wagner wie zufällig den Kopf halb hinüber.

„Es ist ja dort stockfinster," lachte er aber gleich darauf vor sich hin, — „wie soll man denn da einen Menschen erkennen?"

„Hm — ja so," sagte Lockhaart, — „ich habe das Galgengesicht noch von vorhin so lebhaft in der Erinnerung, — Zähne hat er so weiß wie gekochtes Elfenbein, und ein Paar große hellblaue Augen dazu wie Glaskorallen, rund."

„Anständig gekleidet?"

„Danach hab ich nicht gesehen; mir fiel nur das Gesicht auf, als wir daran vorbeigingen. Ich gäbe was drum, wenn ich wüßte, wer es ist."

„So viel ich flüchtig im Vorbeigehen gesehen habe, saß er mit dem Geistlichen zusammen. Sollte der ihn nicht kennen?"

„Das ist ein guter Gedan — Pest! das verfluchte Geklimper wieder. — Herr, Sie haben da wohl ein neu erfundenes perpetuum mobile, das ununterbrochen seine Stücke ableiert?"

„Bitte um Verzeihung," sagte Willem Soltersdrop, indem er mit einem selbstgefälligen Blick auf den polierten Mahagonikasten niederschaute, war ihm doch seine Überraschung vollständig gelungen. „Leider spielt das Instrument nur sechs Stücke, — einen Choral, — Freut Euch des Lebens, — den Jungfernkranz, — So leben wir, so leben wir, — Fordre niemand, mein Schicksal zu hören — und den Walzer aus dem Freischütz — lauter deutsche Melodien, aber hoch-

*) Es ist eine sonderbare Tatsache, daß auf ganz Java kein anständiger Holländer den dort einheimischen und ganz vorzüglichen Arrak trinkt. Nur Soldaten und Fremde benutzen ihn.

interessen kümmere. Gerade die sozialdemokratische Fraktion läßt es sich angelegen sein, die Interessen des Auslandshandels und der Exportindustrie, mit denen die Interessen vieler Arbeiter durchaus übereinstimmen, bei jeder Gelegenheit wahrzunehmen.

Auch im Reichstagsinnern hat es an Gelegenheit zu Kämpfen nie gefehlt. Insbesondere ist die Behandlung der Wahlprüfungen durch die Mehrheitsparteien zu einem parlamentarischen Skandal geworden. In skrupellosester Art haben die bürgerlichen Parteien die Prüfung der Wahlen verschleppt. Nur dadurch wird es möglich, daß vier Jahre nach der Wahl noch nicht die Wahlprüfungen beendet sind. Jetzt ist im Reichstag der Brauch eingerissen, daß sich die bürgerlichen Parteien, vom Freisinn bis zum Junkertum, gegenseitig die angefochtenen Mandate für gültig erklären, auch wenn die Wahlprüfungskommission anders entschied, um die Gefahren der Nachwahlen zu vermeiden, die der bekannte Reichsparteiler D. Arendt mit seltener Offenherzigkeit für „jeden Wahlkreis ein außerordentlich unangenehmes Ereignis" nannte. Gegen die parteiische Geschäftsführung des Zentrumspräsidenten mußte wiederholt in aller Schärfe protestiert werden. Ihren Gipfel fanden diese Debatten über das schnoddrige, vom Präsidenten geschützte Auftreten des bekannten Junkers Oldenburg-Januschau. Sozialdemokratische Versuche, die Geschäftsordnung auszubauen, blieben ohne wesentlichen Erfolg.

An dem Ausbau und der Sicherung der Volksrechte wurde eifrig gearbeitet. Ein Fraktionsantrag, der eine Regierungsvorlage über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers verlangte, fand Annahme. Ebenso wurde wiederholt für eine größere Sicherung des Wahlgeheimnisses eingetreten und gegen die Verschleppung der Nachwahlen entschieden Front gemacht. Von Verfassungsfragen wurde die von Elsaß-Lothringen und Mecklenburg behandelt. Über die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes, einer Hauptfrucht der „liberalen Ära" gab es öfter im Reichstag scharfe Auseinandersetzungen.

Der wesentlichste Bestandteil der parlamentarischen Arbeit wird von der Etatsberatung, dem Staatshaushalt, gebildet. Daß hierbei jeder Posten Gelegenheit zur Kritik und zu Abänderungsvorschlägen für unsere Fraktion bietet, ist klar. Dem Drängen der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß endlich der gemeine Soldat Mittel für Putzzeug erhält, das er sich bis jetzt selbst kaufen mußte. Die Etatsdebatten nahmen oft lebhafte Färbung an. Besonders bei den Post- und Eisenbahnetats wurde die Rückständigkeit der deutschen Bureaukratie gegeißelt, auch die Eisenbahnkatastrophen entsprechend kritisiert. Den Kernpunkt der Debatten bildete wie immer die sozialdemokratische Kritik am Heeres- und Marineetat, in der schonungslos alle Übelstände des militärischen Systems gebrandmarkt wurden.

Aus dem Kapitel der auswärtigen Politik ist besonders der Mannesmann-Rummel chauvinistischer Großkapitalisten in Erinnerung zu bringen, die zur Förderung ihrer Profitsucht am liebsten Deutschland in einen Krieg gestürzt hätten, welche „vaterlandsliebende" Absicht noch glücklich vereitelt wurde, wenn auch zur Unzufriedenheit der beteiligten großkapitalistischen Interessenten, denen schließlich der Staatssekretär v. Schön geopfert wurde.

Die Kolonialpolitik bereitet dem Mutterlande trotz der Diamanten in „Wüstwest" immer noch keine Freude. Millionen und aber Millionen, die eine verkehrte Steuerpolitik aus dem Volke herauspreßt, werden in unfruchtbarster Weise in alle Weltteile verstreut, während daheim die dringendsten Kulturaufgaben aus Mangel an Mitteln nicht erledigt werden können. Daß die Sozialdemokratie solche Kolonialpolitik nicht mitmachen kann, liegt auf der Hand.

Die Sozialpolitik, der sich der Hottentottenblockreichstag so besonders annehmen wollte, ist gänzlich auf dem toten Gleise angelangt und hat nahezu gar keine Fortschritte gemacht. Bei jeder Gelegenheit, wie z. B. bei den Beratungen über die Lage der Glasarbeiter, die Reform des Heimatsgesetzes, der Rechtsverhältnisse der Seeleute, der gesundheitsschädlichen Industrien u. v. a. nahm unsere Fraktion Anlaß, für vermehrten Arbeiter- und Arbeitsschutz mit größter Entschiedenheit einzutreten. An größeren sozialpolitischen Gesetzesvorlagen fand das Stellenvermittlergesetz, in das von unserer Seite nach Möglichkeit Verbesserungen hineingebracht wurden, seine Erledigung. Der vielumstrittene Arbeitskammergesetzentwurf ist noch immer in der Schwebe. An der schon so oft geflickten Gewerbeordnung wurde wieder mal ein bißchen herumgedoktert. Eine wirksame Reform leidet das kapitalistische Interesse nicht. Auch das Gesetz zum Schutze der Heimarbeiter ist noch nicht erledigt worden. Ebenso geht auch noch der Kampf um das Monstrum der Reichsversicherungsordnung weiter. Gründlich genarrt werden seit Jahren die Privatbeamten, denen die oft versprochene Pensions- und Hinterbliebenenversicherung nicht geschaffen wurde. Über Erhebungen und Denkschriften ist die Regierung noch nicht hinausgekommen.

Die Konsumvereinsgegner erzielten im Reichstage einen Scheinerfolg, indem ihr Petitionshaufen der Regierung „als Material überwiesen", ein sozialdemokratischer Antrag auf Übergang zur Tagesordnung dagegen abgelehnt wurde.

Die Justizgesetze haben eine wesentliche Verschlechterung durch Erhöhung der Revisionssumme bei der Zuständigkeit des Reichsgerichts erfahren. Diese Verschlechterung der Rechtsprechung fand prinzipielle Gegnerschaft nur bei den Sozialdemokraten. Die dringende Reform des Strafgesetzbuches soll durch eine Notstandsreformierung einzelner besonders großer Härten auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden. Nun ist nicht einmal diese bescheidene Teilreform fertig geworden. Die Regierung, die ja nicht Objekt der strafgesetzlichen Härten wird, zeigt sich jetzt gleichgültig, weil sie keine Verschlechterung im Beleidigungsprozeßwesen, lex Eulenburg, die sich so gut hätte gegen die oppositionelle Presse verwenden lassen, durchsetzen konnte. Auf die sonst noch angeführten zahlreichen Materien, die den Reichstag beschäftigt haben, einzugehen, verbietet uns Zeit und Raum. Die Überzeugung aber können wir aus dem parlamentarischen Bericht schöpfen, daß unsere Fraktion bei allen Kämpfen ihren Mann gestanden und wacker die Interessen des Volkes vertreten hat.

Nur 82 Sitzungen hat der Reichstag abgehalten. Schon am 10. Mai erfolgte die Vertagung bis zum 8. November. Den bürgerlichen Fraktionen hat die Tagung zu lange gedauert. Bittere Klage wurde in der letzten Zeit darüber geführt, daß die Regierung verschiedene neue Vorlagen noch erledigt haben wollte. Eine Rücksichtslosigkeit, wie so viele andere gegen den Reichstag ist die verspätete Einbringung von Vorlagen allerdings. Zu einer Überstürzung der Beratungen lag aber kein Anlaß vor, weil nichts den Reichstag daran hinderte, noch einige Zeit zusammenzubleiben. Tagen doch die Parlamente anderer Länder bis weit in den Sommer hinein. Zu leiden hatte die Etatsberatung unter der späten Einberufung des Reichstages und wegen des frühen Eintritts der Osterferien, bis wohin der Etat fertiggestellt sein sollte. Es blieb nichts anderes übrig, um dies Ziel erreichen zu können, als die Beratungsgegenstände zu kontingentieren. Unsere Vertreter im Seniorenkonvent konnten sich in der Regel damit einverstanden erklären. Nur in einzelnen Fällen hatten Mitglieder der Fraktion Anlaß, darüber Klagen zu führen, daß sie bei Beratungsgegenständen, wo sie es für erforderlich hielten, zu Wort zu kommen, durch Debatteschluß daran gehindert wurden. Politische Sensation hat es während der Tagung nicht gegeben. Lebhafte Redekämpfe drehten sich meist um zurückliegende Dinge. Bewältigt wurde eine Fülle von Beratungsstoff. Groß war infolgedessen das Arbeitspensum, das von den meisten Mitgliedern der Fraktion geleistet werden mußte. Sie haben in allen Fragen ihren Mann gestanden. Den Respekt dafür wagen ihnen auch die Gegner nicht vorzuenthalten, die sich auch sonst hüteten, so zu provozieren, wie es früher öfter geschehen ist, besonders unmittelbar nach den Hottentottenwahlen. Das Zeugnis, daß der Reichstag fleißige Arbeit geleistet hat, kann ihm das deutsche Volk ausstellen. Aber der Menge der Leistungen entspricht ganz und gar nicht ihr Wert für die Masse des arbeitenden Volkes. Wieder ist ein Tagungsabschnitt dahingegangen, die Legislaturperiode nähert sich ihrem Ende, aber die Masse des Volkes hart vergebens darauf, daß die bürgerlichen Parteien die Versprechungen auch nur zum Teil einlösen, die sie ohne Ausnahme zur Wahl im Jahre 1907 machten, um die Wahlfaulen für sich in Bewegung zu bringen und um der sozialdemokratischen Partei Stimmen abzujagen. Es bleibt dabei, daß die Massen mit der ungeheuren Steuerlast bepackt wurden, ohne dafür auch nur ein wenig auf anderen Gebieten entschädigt zu werden. Verschlechterung der Lage der breiten Volksschichten bleibt die einzige Großtat der bürgerlichen Parteien in der ganzen Legislaturperiode. Schnöder wurden noch nie betörte Wähler betrogen. Mißmut herrscht deshalb bei den mittleren und unteren Beamten, denen die vorjährige Gehaltserhöhung wegen der Teuerung aller Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel keine Verbesserung ihrer Lage brachte. Rebellisch werden die betrogenen Kleinbauern, die nachgerade dahinterkommen, daß die Zollwucherpolitik nur den Großgrundbesitzern die Taschen füllt. Die Kleinbürger fühlen, daß die neuen Steuerlasten, die sie hart drücken, gar nicht zu der verlogenen Rederei der bürgerlichen Parteien passen, den Mittelstand erhalten und heben zu wollen. Mißmut und Verärgerung herrscht auch in den Kreisen von Handel und Industrie wegen der für sie ungünstigen Zustände auf handelspolitischem Gebiete. Statt der Ausdehnung der Märkte, die sie erstreben müssen, können Handelsverträge nur zu recht ungünstigen Bedingungen abgeschlossen werden, teils kommen die Vertragsverhandlungen nicht vom Fleck. Mit der Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Kolonialpolitik kann nicht mehr gerechnet werden. Verflüchtigt ist die Kolonialbegeisterung, weil den großen Kosten keine Vorteile gegenüberstehen; Dernburg, der Wahlstratege von 1907, ist wieder „Koofmich" geworden! Der Katzenjammer herrscht! Genarrt sind Jahr für Jahr die Privatangestellten, der neue Mittelstand, die für eifrige Wahlhilfe reiche Anerkennung in Gestalt einer splendiden Sozialgesetzgebung erwarteten. Der sozialpolitische Ertrag der verflossenen Session für die Arbeiter ist nicht der Rede wert. Wohl fürchten alle Parteien den Zorn der betrogenen Massen und zittern vor der Abrechnung bei den kommenden Wahlen. Der Dalles des Reiches, der trotz des großen Steuerraubes nicht beseitigt, sondern nur vorübergehend gemildert worden ist, gestattet ihnen nicht, für die enttäuschten Massen zu sorgen, deren Groll zu beschwichtigen. An eine Umkehr auf dem Gebiete der Rüstungspolitik hindern sie ihre wirklichen oder vermeintlichen kapitalistischen Interessen. Gegen wirksamen Arbeiterschutz lehnen sich die Julistürmer der Großindustrie auf. Weil sie sich von längerer Tagung keine Besserung ihrer Position versprachen, hatten deshalb alle bürgerlichen Fraktionen nur den Wunsch, so früh wie möglich aus dem Reichstage davonzukommen. — Das ganze Elend der bürgerlichen Parteien spiegelt sich in dem Jammer der Regierung wider, deren schlotternder Mittelpunkt Theobald von Bethmann Hollweg ist. Mit Befriedigung rückwärts schauen kann nur die Sozialdemokratie, und voll stolzer Hoffnungsfreudigkeit richtet sie den Blick in die Zukunft. Gestützt auf feste, klare Grundsätze hat die Fraktion zu ihrem Teil dazu beizutragen gesucht, dem Volke zu dienen, die Partei zu fördern. Ein frischer Luftzug weht durch die deutschen Lande. Mächtig voran ging es auch in den letzten Monaten mit der Partei: Neue Kampfgenossen darf die Fraktion bei dem Wiederbeginn der Arbeit im November in ihrer Mitte begrüßen. Es ist eine Lust, zu leben und zu wirken! Der großen Abrechnung mit unseren Gegnern bei den nächsten Wahlen können wir freudig entgegensehen. Der Acker ist gut bestellt, die Saaten sprießen, auf reiche Ernte darf gerechnet werden!

Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus.

C. B. Kopenhagen, den 26. August 1910.

Das Internationale Sozialistische Bureau trat am Freitag mittag 12 Uhr in Kopenhagen zu einer Sitzung zusammen, auf der die Mehrzahl der angeschlossenen Länder vertreten waren. Den Vorsitz führte Genosse Vandervelde-Belgien. Von bekannteren Parteigenossen nahmen an der Sitzung teil; Macdonald-England, Molkenbuhr und Ebert-Deutschland, Adler und Pernerstorfer-Österreich, Nemec-Böhmen, Troelstra und Van Kol-Holland, Soukup-Ungarn, Jaures und Vaillant-Frankreich, Rubanowitsch-Rußland, Branting-Schweden, Anseele und Huysmans-Belgien, Sakasoff-Bulgarien, Hillquith-Nordamerika u. a. mehr. Der Sekretär Huysmans teilte mit, daß auf dem Kongreß über 900 Delegierte anwesend sein werden, eine Zahl, die die Besucherzahl des Stuttgarter Kongresses bei weitem überschreitet. Das Bureau schlug vor, das Präsidium aus den drei nordischen Ländern zu bilden und die Vizepräsidenten aus den anderen Ländern zu entnehmen. Hierfür wurden genannt die Namen Vandervelde oder Adler oder Pernerstorfer. Adler-Österreich möchte jedoch von der bisherigen Gepflogenheit nicht abweichen, um späteren Schwierigkeiten von vornherein zu begegnen, umsomehr, als Genosse Singer nicht anwesend ist. Vandervelde und Pernerstorfer würden ja ganz gut als Vizepräsidenten gewählt werden können. — Nachdem Genosse Lian-Norwegen sich noch für den Brantingschen Vorschlag ausgesprochen hatte, machte sich die Versammlung doch den Standpunkt Adlers zu eigen. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Klausen-Kopenhagen, Branting-Schweden und Jeppesen-Norwegen. In ihren Händen liegt die Leitung des Kongresses. Die Vizepräsidenten sollen dann an jedem Tage vom Bureau vorgeschlagen werden. Genosse Huysmans teilte die Vorschläge mit, welche das Bureau dem Kongreß zu machen hat. Außer den Fragen, die das Bureau auf die Tagesordnung gestellt hat (Genossenschaften, Arbeitslosenfragen, Schiedsgericht und Abrüstung, Arbeiterschutzgesetzgebung, Verfahren wegen rascher Ausführung der Kongreßbeschlüsse und internationale Solidarität), ist noch eine Reihe von Resolutionen eingebracht worden: von England über die Einwanderungsfrage, von Österreich-Ungarn über die Gewerkschaften, von Frankreich über die Einheit der Partei und über die Lage in Finnland, aus Saloniki über die Lage in der Türkei. Der Vorschlag des Bureaus lautet, fünf Kommissionen zu bilden: 1. Genossenschaftsfragen, 2. Arbeitslosenfrage, internationale Solidarität, Gewerkschaften, 3. Schiedsgerichte, Verfahren für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse, 4. Todesstrafe, Arbeiterpensionen, Kolonialpolitik. — Diese Kommission könnte im wesentlichen als die interparlamentarische Kommission gelten. — 5. Entsprechend der früher gemachten Erfahrung, daß früher eine Anzahl von wichtigen Resolutionen, welche die internationale Politik betreffen, zu spät zur Beratung eingereicht wurden, soll eine besondere Kommission für die finnländische, die persische und die armenische Frage eingesetzt werden, welcher dann auch noch weitere Vorschläge durch das Bureau zur Beratung und Vorbereitung überwiesen werden können. Die von den Engländern gewünschte Beratung der notwendigen Fragen war nach Ansicht des Sekretärs besser zu vereinigen. — Genosse Vaillant-Frankreich hält es für besser, wenn die interparlamentarische Kommission als selbständiges Organ arbeiten könnte. — Adler-Österreich fürchtet, daß die dieser Kommission überwiesene Arbeit zu zahlreich sein könnte, so daß darunter die Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt würde. — Hillquit-Nordamerika wäre es lieber, wenn die interparlamentarische Kommission ihre Arbeit auf solche Vorgänge beschränken würde, die lediglich durch die Gesetzgebung zu behandeln sind. Falls wir die Todesstrafe in Rußland einzuschränken versuchen, so kann das nicht in den einzelnen Parlamenten geschehen, sondern nur durch den Einfluß der öffentlichen Meinung, durch Agitation. — Huysmans-Belgien: Es liegt ein Beschluß der interparlamentarischen Kommission vor, die Frage der Kolonialpolitik hier zu behandeln, welchen wir nicht beseitigen können. — Molkenbuhr-Deutschland wünscht, daß zusammengehörende Fragen, wie die Arbeitslosigkeit und die Versicherungsgesetzgebung, auch zusammen verhandelt werden. — Auf Grund der Debatte verkündet Vandervelde, daß das Bureau seinen Antrag zurückzieht und der Kongreß die Bildung folgender Kom-

---

siens anderthalbmal durch, und muß dann jedesmal wieder frisch aufgezogen werden. Sehen Sie? — Jetzt kommt der Choral."

„Und wie oft gedenken Sie diesen Kasten heut abend noch in Bewegung zu setzen?" sagte Lockhaart, aber mit weit mehr Ruhe, als Wagner erwartet hatte, daß er zeigen würde.

„Lieber Gott", seufzte Willem, „hier so abgeschieden von der übrigen Welt, bleibt einem ja doch, — ahem! ahem! ahem! bleibt einem ja doch weiter — ahem — ahem ahem! — ich bin die Nacht ein paar mal aufgewesen und habe mir richtig einen Husten geholt, — bleibt einem ja doch nichts weiter übrig, als Musik. Welches Stück hören Sie am liebsten?"

Wagner lächelte, und Lockhaart, mit einem drollig wütenden Seitenblick auf den Mann, sagte:

„Ich hoffe nicht, daß Sie die Musik unsertwegen machen, es wäre sonst ein verdammt schlecht angebrachtes Kompliment. Ich weiß auch nicht, ob der Kasten mit seinem musikalischen Skandal in Bewegung gehalten werden muß, wie ein altes Pferd vielleicht, was sonst steif wird, möchte Ihnen aber dann raten, ihn lieber auf den Boden oder, noch besser, auf das Dach zu setzen. Dort könnte er höchstens „die Vögel des Himmels" ärgern."

„Jetzt kommt: Freut Euch des Lebens", sagte Willem Soltersdrop, der indessen gar nicht auf die Worte des Gastes, sondern nur mit großem Wohlgefallen auf seinen Kasten gehört hatte, — „das hab' ich am liebsten, — das könnt' ich den ganzen Abend mit anhören."

Lockhaart zerbiß einen Fluch zwischen den Zähnen und hieb wütend in die vor ihn gesetzten Speisen ein; Willem Soltersdrop aber, doch jetzt über den Choral weg, in dem die zwei Stifte fehlten, und sein Instrument voll im Gange wissend, verließ für kurze Zeit das Zimmer, um schon mehrfach verlangten Wein herauszugeben. Außerdem zerbrach er sich übrigens den Kopf über das wunderliche Betragen Mevrouws an diesem Abend, die sich fest eingeschlossen hielt und — obgleich nicht zu Bett — doch durch keine Bitten bewogen werden konnte, ihre Tür zu öffnen. Ja sie beantwortete nicht einmal die an sie gerichteten Fragen. Willem Soltersdrop wagte aber nicht Einspruch dagegen zu tun, denn Mevrouw war doch nun einmal „Herr im Haus". Kaum hatte er übrigens den Speisesaal verlassen, als Lockhaart seinen malayischen Burschen rief:

„Losy!"

„Tuwan!"

„Nimm einmal den Kasten und trag ihn hinaus".

„Wohin, Tuwan?"

„Dort vor die Tür, — nicht ins Haus herein, sondern ins Freie, an den Fluß, oder auf den Gede hinauf; wohin Du willst".

„Aber, Tuwan!"

„Wird's bald?"

Der Bursche, der recht gut wußte, daß ein einmal gegebener Befehl auch erfüllt werden mußte, ging zu dem noch immer sehr eifrig arbeitenden Kasten. Da er aber etwas Derartiges noch nie gesehen hatte und die Musik unverdrossen fortarbeitete, obgleich niemand auch nur in seine Nähe kam, fing es an, ihm unheimlich zu werden, und er hätte den Auftrag lieber jemand anderem überlassen.

„Ob Du jetzt den Kasten anfassen wirst?" rief da sein Herr. „Glaubst Du etwa, daß Dich das Ding beißt? — Hinaus damit!"

Der Malaye, also in die Enge getrieben, konnte nicht mehr ausweichen, und den „lebendigen Gamelang", wie er ihn nach einem ihrer Hauptinstrumente nannte, aufgreifend, lief er damit so rasch er konnte hinaus vor das Haus.

„So — Gott sei Dank!" seufzte Lockhaart recht aus voller Brust, als die feinen, aber die Nerven dadurch nur um so mehr angreifenden Töne verstummt waren. „Die feuchte Nachtluft, hoff' ich, wird das Ding so auseinanderziehen, daß es morgen keinen gesunden Ton mehr unter dem Deckel hat.

Wagner lachte und bog sich über seinen Teller hinüber, als ein dunkler Schatten seinen Sehkreis kreuzte. Er sah rasch empor und bemerkte eben den Fremden, der mit ein paar großen, völlig geräuschlosen Schritten dicht hinter Lockhaarts Stuhl hin und zur Tür hinaus glitt. Als sich Lockhaart, durch die Aufmerksamkeit Wagners dorthin gewiesen, rasch nach ihm umdrehte, sah er nur eben noch, wie sich die Tür hinter dem Mann schloß.

„Was zum Teufel ist nur mit dem los?" rief er erstaunt hinter ihm drein schauend, „der geht ja wie auf Eiern; gerade als ob er einen silbernen Löffel eingesteckt hätte und nun damit auskneifen wollte."

„Sie haben recht, Lockhaart," sagte Wagner jetzt, indem er den Kopf in die Hand stützte und vor sich niederschaute, „das Gesicht habe ich ebenfalls schon gesehen, und zwar mehr als einmal, wenn auch nie in eigentlich recht anständiger Gesellschaft. — Wetter! jetzt hab' ich's — wissen Sie wo?"

(Fortsetzung folgt.)

missionen vorschlägt, die auf Antrag Adlers in der angegebenen Weise bezeichnet werden sollen: 1. Genossenschaftswesen. 2. Solidarität, tschechische Angelegenheit (Gewerkschaftsstreit). 3. Schiedsgerichte und Abrüstungsverfahren, Verfahren für die rasche Ausführung der Kongreßbeschlüsse, Militarismus. Arbeiterversicherung, Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik. 5. Todesstrafe, Finnland, Persien, Armenien (Resolutionen).

Die internationale Kommission wird sich mit der Arbeiterversicherung und der Kolonialpolitik unabhängig vom Kongreß befassen. Eine Anfrage gibt Anlaß zu der Feststellung, daß Kommission 5 natürlich nur solche Resolutionen beraten kann, die ihr ausdrücklich zugewiesen werden.

Die Verhandlungen werden um 1 Uhr auf morgen (Sonnabend) 10 Uhr vertagt, da über die Art und Weise der Vertretung im Bureau von den amerikanischen Delegierten genauere Angaben gewünscht werden. Die holländische Delegation hat ihre Stimmen beim Kongreß so verteilt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei 7, die sozialdemokratische Partei 1 Stimme erhalten soll. Die feierliche Eröffnung des Kongresses selbst wird Sonntag vormittag erfolgen. Nachmittags findet eine große Volksversammlung statt, bei der die Mehrzahl der Bureaudelegierten, darunter Huysmans und Troelstra das Wort ergreifen werden.

Zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen.

Kopenhagen, den 26. August.

Die von der Internationalen Sekretärin der Genossinnen, Frau Klara Zetkin, mit Zustimmung der Vertreterinnen der organisierten Genossinnen aller Länder einberufene zweite Internationale sozialistische Frauenkonferenz trat heute vormittag in Arbeydernes Forsamlingsbygning, dem Volkshause Kopenhagens, zusammen.

Die Konferenz, die in dem schönen, mit den Fahnen der sozialistischen Frauenorganisationen Kopenhagens geschmückten Saale des Volkshauses tagt, ist von mehr denn 100 Delegierten besucht. Aus Deutschland sind gekommen: Ottilie Baader für die sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin, Linchen Baumann für die Parteiorganisation Schleswig-Holsteins, Frau Käthe Duncker für die württembergische Partei, Frau Anna Gradnauer für die Organisationen Dresdens, Gerta Hanna für das gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee, Frau Hennig für die Parteiorganisationen Leipzigs. Frau Ihrer für den Verband der Blumenarbeiterinnen, Frau Reitze für Bremen, Frau Strobl für die Genossinnen des 3. Hamburger Kreises, Frau Thiede für den Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Frau Klara Zetkin und Frau Zietz als Vertreterinnen des Deutschen Parteivorstandes. — Aus Österreich sind u. a. Frau Adelheid Popp für die Parteileitung und Frau Emma Freundlich für die Arbeiterinnenzeitung, aus der Schweiz Frau Marie Walter aus Winterthur für den Verband der schweizerischen Arbeiterinnenvereine, aus Holland Frau Ankersmith für den Verband Sozialdemokratischer Frauenklubs, aus England, das 15 Delegierte stellt, Dora Montefiore, Frau Mac-Donald für die Womens Labour League; aus Finnland, das 8 Delegierte stellt, 3 Mitglieder des Finnländischen Landtages: Ida Aalle (für den Sozialdemokratischen Frauenverband), Hilja Pärssinen, für die Näherinnen und Fabrikarbeiterinnen, und Miina Sillanpää für die Dienstbotenorganisation; aus Schweden mit 8 Delegierten Frau Kata Dahlström; aus Rußland für die Gewerkschaft der russischen Textilarbeiter und Arbeiterinnen Alexandra Kollontay; aus Indien Frau Cama gekommen. Besonders zahlreich ist die Vertretung der dänischen Frauenorganisationen. Hier seien die Vorsitzende der Kopenhagener Organisation, Frau Mac und Frau Crone, genannt, die mit einer zweiten Sozialistin, die dritte ist vor kurzem gestorben, Mitglied des Kopenhagener Stadtverordnetenkollegiums ist. — Im ganzen sind 16 Nationalitäten vertreten, außer den Genannten noch Ungarn, Böhmen, Norwegen, Polen, Nordamerika und Italien, das die Übersetzerin Frau Balabanoff vertritt.

Um 9½ Uhr eröffnete Frau Mac im Namen der organisierten Frauen Dänemarks die Konferenz mit herzlichen Begrüßungsworten. Dann nahm im Namen des Organisationskomitees Frau Klara Zetkin das Wort und dankte den dänischen Genossinnen, die mit der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften die äußere Organisation der Konferenz in die Hand genommen haben. Auch den Delegierten rief sie ein Wort herzlicher Willkommensfreude zu: Daß Sie so zahlreich gekommen sind, ist ein Beweis für den Erfolg unserer ersten Stuttgarter Konferenz. Wer damals an den Vorarbeiten beteiligt war, weiß, mit welchem geheimem Herzklopfen wir sie in die Wege zu leiten suchten. Es war nur der erste tastende Versuch, die sozialistischen Frauen aller Länder, ganz gleich in welcher Organisationsform sie vereint waren, in eine Kampfesfront innerhalb der roten Internationale zu stellen. Wir alle können mit Stuttgart zufrieden sein. Die Fühlung ist überall besser geworden; es ist gelungen, die Gemeinsamkeit praktischer Arbeit auf der Grundlage des gemeinsamen Zieles anzubahnen. In Stuttgart waren 15 Nationalitäten mit 59 Delegierten vertreten. Heute sind wir 100, wenn nicht mehr. Aus dem Auslande sind 60 Delegierte gekommen, die 16 Nationalitäten vertreten. Das Bild der Konferenz hat sich gegen Stuttgart etwas verschoben. Dort waren verschiedene Delegierte aus den romanischen Ländern gekommen. Auf dieser Konferenz sind die romanischen Länder mit einer Ausnahme nicht vertreten. Der Verein der Schäftestepperinnen in Lissabon, der 70 Mitglieder zählt, hat mir seine Vertretung übertragen. Vielleicht wird man diese Angabe belächeln. Was bedeuten die 70 organisierten Frauen Portugals gegen die deutsche Vertretung von 82 000 politisch und 140 000 gewerkschaftlich organisierten Frauen, gegen die österreichische mit 10 000 politisch und 50 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, gegen England mit seiner Womens Labour League, die 82 Sektionen zählt und viele tausend Mitglieder hat? Aber die Anfänge einer Bewegung sind immer so klein und winzig, daß sie Spott und Hohn herausfordern. Wie war es mit dem Christentum? Erst war es einer, dann 12, dann hundert, dann Tausende, dann Millionen. So geht es in jedem Lande, wo der sozialistische Gedanke anfängt, seine Hände auf Herz und Hirn der arbeitenden Frau zu legen. Die romanischen Länder stehen heute im Anfang. Für Italien ist es ein hoffnungsvolles Anzeichen, daß der italienische Parteitag in diesem Herbst zum ersten Male die Frauenfrage auf seiner Tagesordnung hat. Die Verhandlungen dort werden der Ausgangspunkt für prinzipielle Klärung und praktische Arbeit auch unter dem weiblichen Proletariat Italiens sein. Besonders zahlreich ist die Beteiligung der Genossinnen aus den skandinavischen Ländern. In Stuttgart war nur eine Vertreterin aus Norwegen; Schweden und Dänemark waren ferngeblieben. Inzwischen haben wir hoffnungsvolle Fühlung mit Dänemark genommen, und auch die Genossinnen Schwedens und Norwegens haben den Weg regelmäßiger Verbindung mit uns beschritten. Mit Finnland und seiner prächtigen Bewegung waren wir schon vor Stuttgart vertraut. Unsere Bestrebungen auf die internationale Zusammenfassung der sozialistischen Frauenkräfte waren erfolgreich, obgleich die Verschiedenheit in Grundsätzen und Taktik der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern noch größer sind als bei den Männern, wo die praktische Arbeit immer einen Ausgleich schafft. Die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts verwehrt ihm die gleiche praktische Betätigungsmöglichkeit, es fehlt hier der Druck, der zu einer schnelleren Verständigung und Vereinheitlichung führen könnte. Aber die Gegensätze sind doch nicht so tiefgehend, daß sie eine einheitliche Zusammenfassung unmöglich machen können. Auch diese Konferenz hat die Aufgabe, unsere Bewegung zu vereinheitlichen und zu stärken, die sozialistische Schulung und die praktische Aktionsfähigkeit der Sozialistinnen aller Länder zu steigern. Innerhalb der Reihen der allgemeinen Arbeiterbewegung wollen wir mit möglichster Ökonomie das Maximum der Leistung im Dienste der sozialistischen Bewegung zu erreichen suchen. Wenn wir andere Methoden als die Männer und andere Wege einschlagen müssen, als sich bei diesen in der Praxis als zweckdienlich gezeigt haben, so ist die Notwendigkeit dazu gegeben angesichts der Tatsache, daß die Frau historisch genommen anderen Bedingungen unterworfen ist als der Mann, daß sie wirtschaftlich und sozial anders gestellt ist, daß ihre psychische Eigenart einen anderen Wesenszug trägt, dem in der praktischen Arbeit Rechnung getragen werden muß. Diese Arbeit im Sinne des internationalen Inhalts der sozialistischen Bewegung zu stärken, ist unsere Aufgabe. Wir haben Länder durchschritten, wir sind übers Meer gekommen, aber wenn wir die eilenden Wellen fragten: wo ist die Grenze, dann blieben sie uns die Antwort schuldig. Die Natur kennt keine Grenze zwischen den Völkern, sie schweigt, wo die Staaten ihre Grenzpfähle errichtet haben. Gerade die sozialistischen Frauen haben zwingende Gründe, keine nationalen Schranken zwischen sich zu dulden. Mehr noch als der Mann hat die Frau ein Interesse am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, sie muß diese Gesellschaft wollen als Proletarierin nicht nur, sondern auch in ihrer Eigenschaft als Weib, dem volles Menschentum nur vom Sozialismus gegeben werden kann. Die rechtliche Gleichstellung zwischen Mann und Frau genügt nicht. Mögen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ihre Forderung auf Rechtsgleichheit durchsetzen, es bleiben dann für die Frauenwelt neue Probleme zu lösen und neue Konflikte stellen sich ein. Erst da, wo alle bürgerliche und frauenrechtlerische Wirksamkeit ein Ende hat, jenseits der Mauer der kapitalistischen Gesellschaft, liegt das volle Menschentum für alle Frauen. Erst die sozialistische Gesellschaft gibt die materiellen und moralischen Vorbedingungen dafür, daß jede Frau ohne aufzuhören, ganz Weib zu sein, ganz Mensch sein kann. Hart ist der Weg, den wir zu gehen haben. Millionen unserer Schwestern leiden in der kapitalistischen Wüste ein Hungerlos. Zehntausende sind im Sumpf der Prostitution. Wir suchen die Mittel und Wege, ihren Leidensgang schmerzloser zu machen. Aber wir müssen trotz Blut und Tränen mit unerbittlicher Notwendigkeit den Weg durch die kapitalistische Gesellschaft gehen. Wir müssen es, damit das weibliche Proletariat dazu kommt, einen Teil der Kraft und des Willens der Tat der Umgestaltung zu verkörpern, die Gesellschaftszustände zu verstehen und sie umzuwälzen. Ein festes Ziel haben wir vor Augen: nicht nur das befreite Weib, sondern ein höheres noch, die gesamte befreite Menschheit. (Stürm. Beifall).

Es wird nun in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten, die deutsch, dänisch und englisch geführt werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Genossin Zetkin das Wort, um eine Protestresolution gegen die Unterdrückung Finnlands vorzulegen: Wir haben eine Pflicht der internationalen Solidarität zu erfüllen, die uns sozialistischen Frauen besonders am Herzen liegt. Sie wissen alle, daß das finnische Volk einen heroischen Kampf für seine politische Freiheit gegen die große reaktionäre Macht, den russischen Zarismus, führt. Wir Frauen haben einen besonderen Grund, unseren finnischen Brüdern die vollste Solidarität auszusprechen. Denn die politische Unabhängigkeit Finnlands hat die Grundlage dafür abgegeben, daß dort das demokratischste Wahlrecht der ganzen Welt geschaffen worden ist. Ein Wahlrecht auf der Grundlage des Einkammersystems, das allen großjährigen Menschen ohne Unterschied des Geschlechts die gleichen politischen Rechte zuerkennt. Und noch ein Grund mehr liegt als Sozialisten für uns vor, für die Unabhängigkeit des finnischen Volkes einzutreten. Dieses demokratische Wahlrecht ist dem finnischen Volke nicht als Geschenk in den Schoß gefallen, sondern von ihm erobert worden im harten opferreichen Kampf nach zwei Fronten, im Kampf mit dem äußeren Feind, dem russischen Zarismus, und dem inneren Feind, den besitzenden Klassen. Nur durch das revolutionäre Mittel des Generalstreiks ist der Erfolg durchgesetzt worden. Gelingt es dem Zarismus, das Verbrechen zu vollenden, das er plant, so wird neben dem Verlust der Selbständigkeit Finnlands eine Versklavung der arbeitenden Massen, eine Entrechtung des Volkes, die Folge sein. Darum folgen wir mit vollster Sympathie dem Freiheitskampfe, den das finnische Volk unter Führung der Sozialdemokratie ausficht. Wir sind bereit, den Kampf moralisch zu unterstützen und ihn materiell zu fördern, soweit unsere Kräfte reichen. Wir müssen den Freiheitskampf der Finnländer im großen Zusammenhang der russischen Revolution erfassen. Der Kampf des finnischen Volkes um seine Unabhängigkeit ist nur ein Kapitel der Geschichte der russischen Revolution und nur ihr endlicher Sieg wird dem finnischen Volke wie allen Völkern und Nationalitäten, die der Zarismus geknechtet hat, das Selbstbestimmungsrecht wiedergeben. Wir haben heute unter uns fünf von den finnnischen Sozialdemokraten gewählte weibliche Landtagsabgeordnete. Sie haben uns gezeigt, wie Sozialdemokraten selbst unter den schwierigsten Verhältnissen parlamentarisch zu arbeiten verstehen, wenn draußen der Zarismus droht, und drinnen die besitzenden Klassen jedem Fortschritt schärfsten Widerstand entgegensetzen. Sie sind Bundesgenossen in ihrer charakteristischen Vereinigung, der Kampf um das sozialistische Endziel und die praktische Reformarbeit. Wir vereinigen mit unserem sozialistischen Bewußtsein zugleich das eifrige Reformwerk, weil die soziale Revolution nur durch Reformarbeit vorbereitet werden kann. Ich bitte Sie, im Sinne dieser Ausführungen die vorliegende Resolution durch Zuruf anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die in Kopenhagen am 26. August 1910 zur zweiten Internationalen Konferenz versammelten Vertreterinnen der sozialistischen Frauen von 16 Nationalitäten bekunden ihre tiefste Empörung über das tückische Verbrechen, daß der russische Zarismus gegen die politische Freiheit Finnlands zu verüben im Begriff steht.

„Sie würdigen diese Freiheit ganz besonders, weil mit ihr das demokratische Wahlrecht der ganzen Welt steht und fällt, ein Wahlrecht, das auf der Grundlage des Einkammersystems das gleiche politische Recht für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts gewährt.

Im Interesse des politischen Befreiungskampfes ist es um so wichtiger, dieses Wahlrecht zu sichern, als es von der werktätigen Bevölkerung Finnlands unter Führung der Sozialdemokratie im harten Kampfe gegen zwei Fronten — gegen den äußeren Feind — den russischen Zarismus und den inneren Feind, die besitzenden Klassen — mittelst des revolutionären Massenstreiks ertrotzt werden mußte, sodaß die Unterstützung der nationalen Freiheit des Landes eine besondere politische Knebelung der werktätigen Massen mit sich bringen würde.

Die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen sendet daher ihre herzlichsten Grüße und Wünsche der finnischen Arbeiterpartei, die im Vordertreffen des Kampfes für das politische Recht ihres Landes steht, eines Kampfes, der eine Episode in der Geschichte der russischen Revolution ist, aus deren siegreichen Händen eines Tages alle vom Zarismus geknechteten Völker ihr nationales Selbstbestimmungsrecht empfangen werden."

Die Resolution ward einstimmig angenommen.

Hierauf begrüßt im Namen der dänischen Frauen Genossin Mac den Kongreß: Wir können Ihnen nicht sagen, mit welcher Sehnsucht wir diesem Kongreß entgegengesehen haben. Aber vollständig unmöglich ist es, einen Ausdruck für die Freude zu finden, die wir jetzt über Ihre Anwesenheit empfinden. Wir sind nur ein ganz kleines Volk an der Ecke der Weltkarte, aber die Ideen des Sozialismus haben auch bei uns Wurzel geschlagen, trotz allen Widerstrebens, trotz Kaste und Gewalt. Wir haben eine kräftige und solide Arbeiterbewegung geschaffen, aber für die großen Ideale des Sozialismus, den Weltfrieden und die Brüderschaft der Völker, können wir nur ganz wenig leisten. Deswegen ruht unser Blick auf den großen Ländern, die Sie darstellen. Wir sind gern bereit, Ihrer Führung zu folgen. Wir wollen Ihnen lauschen und von Ihnen lernen, und sind stolz darauf. Am frohesten sind wir doch jetzt darüber, daß wir Sie jetzt alle leibhaftig vor uns sehen, deren Namen uns schon lange wohlbekannt sind. Mögen Sie frisch den Kampf fortführen für all das, wofür auch wir streben und kämpfen. Möge die Kongreßarbeit, die jetzt anfängt, die besten Resultate für unsere armen Mitschwestern zeitigen. Unter glücklichen Auspizien tritt er zusammen. Seit unserem ersten Kongreß in Stuttgart hat unsere Bewegung Fortschritte gemacht, die nur eine Bewegung machen kann, die mit der Zukunft im Bunde ist. Die deutschen Genossinnen haben das freie Vereinsrecht neu gewonnen nicht durch die Gnade der bürgerlichen Parteien, sondern weil sie es sich erkämpft haben. In England wächst die Sympathie für das Frauenwahlrecht. Aus Amerika und Österreich wird ein großer Zuwachs der sozialdemokratischen Frauenarmee gemeldet. In allen Parteivereinen sitzen Frauen, und in nicht wenigen sind sie sogar an der Leitung beteiligt. Die große Vertretung unseres Nachbarlandes Schweden heißen wir mit besonderer Herzlichkeit willkommen. Möge das heilige Feuer der Begeisterung uns immer durchglühen, wenn wir für die Freiheit des Proletariats kämpfen. Möge Begeisterung auch von diesen zwei Tagen ausstrahlen, und unsere ganzen Verhandlungen erfüllen. (Lebh. Beifall.)

Hierauf konstituiert sich die Konferenz. Auf Vorschlag der Genossin Montefiore werden die Genossinnen Zetkin-Stuttgart zur ersten und Mac-Dänemark zur zweiten Vorsitzenden gewählt. Schriftführerinnen stellen für die erste Sitzung Österreich und England, nämlich die Genossinen Montefiore und Adelheid Popp. Es folgt die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.

Genossin Kollontai schlägt vor, für die vier Hauptthemata der Frauenkonferenz: Frauenstimmrecht, Schutz von Mutter und Kind, Friedensarbeit und bessere internationale Organisation, Kommissionen einzusetzen. Der Antrag wird nach lebhafter längerer Debatte abgelehnt, weil durch ihn der Frauenkonferenz ihre Hauptaufgabe, möglichst weiten Kreisen Anregung zu geben, erschwert würde.

Der Kongreß wendet sich dann seiner Tagesordnung zu. Zunächst wird über den Ausbau der Verbindungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder verhandelt.

Der Allgemeine Frauenklub in Stockholm beantragt zwei Resolutionen:

Die leitenden Körperschaften der sozialdemokratischen Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern haben dem Internationalen Sozialistischen Frauensekretariat regelmäßig Mitteilung zu machen über den Stand der Organisationen und ihre Mitgliederzahl, über die Agitation, und in Organisationsarbeiten, über das Auftreten großer aktueller Fragen sowie auch darüber, welche Tätigkeit die Frauen und die Partei dazu entfalten und welche Stellung die erwerbstätigen Frauen zu ihnen einnehmen.

Das Internationale Frauensekretariat ist aufzufordern, den Hauptvorständen der Frauenorganisationen und den Frauenzeitungen in den einzelnen Ländern Mitteilungen zu machen über die Beteiligung der erwerbstätigen Frauen in der Arbeiterbewegung auf Grund der dem Sekretariat aus allen Ländern einzusendenden Berichte.

Genossin Gustafson-Stockholm begründet diese Resolution, die den Sinn hat, die internationale Verbindung zu fördern. In der Frage des Frauenwahlrechts gingen die schwedischen Arbeiterinnen mit alle anderen Frauen zusammen; in allen sozialen Fragen kämpften sie in der Hauptsache allein.

Der Verband Sozialdemokratischer Frauenklubs Hollands beantragt folgende Resolution:

Die Konferenz beschließt die Gründung eines internationalen sozialistischen Frauenorgans, welches nicht nur die Berichte über die internationale sozialistische Frauenbewegung zu veröffentlichen hat, sondern auch besonders dazu dienen soll, im Anschluß an die in den verschiedenen Ländern auftretenden Tagesfragen, die die Frauenarbeit betreffen, die Frauenfrage in ihrem ganzen Umfang und Zusammenhang prinzipiell zu erörtern und ihre Bedeutung für die sozialistische Bewegung darzulegen.

Frau Pottersmit, die Redakteurin des holländischen Frauenorgans, weist daraufhin, daß die „Gleichheit" in den drei Jahren seit Stuttgart unter dem Titel „J. K." regelmäßige internationale Mitteilungen gebraucht habe. Die Einsendungen erfolgten freilich nicht regelmäßig, von einzelnen Ländern erschien viel, von anderen wenig oder gar nichts, aber diese internationale Korrespondenz war für die internationale Verbindung von großem Nutzen. Nur muß sie noch weiter ausgebildet werden und dazu zeigt die holländische Resolution den Weg. Daß ein weiterer Ausbau notwendig ist, zeigen auch die Anträge aus den anderen Ländern. Der holländische Antrag aber geht am weitesten. Es ist eine Tatsache, daß die proletarische Frauenbewegung in der internationalen sozialistischen Bewegung nicht zu ihrem Rechte kommt. Die Frauenfrage wird von der Parteipresse selten angeführt. Klagen darüber kommen aus allen Ländern. Besonders schenkt das sozialistische Tageblatt Hollands der Frauenbewegung gar keine Aufmerksamkeit. Die Redakteure scheinen der Ansicht zu sein, daß sie das Steckenpferd einzelner Parteigenossinnen und nichts weiter wäre. Seit einigen Jahren ist die Frauenfrage aus der Presse ausgeschaltet. Die Redaktion hat lieber die Rubrik „Vermischtes" eingeführt, weil sie damit mehr Leser zu gewinnen denkt. Jetzt liegt in Holland ein Gesetzentwurf vor, der die Entlassung der Reichsbeamtinnen und Lehrerinnen vorsieht, die sich verheiraten. Damit wird die Mutterschaft zu einer Strafe gemacht, und die Beamtinnen und Lehrerinnen zum Zölibat

oder zum Konkubinat gezwungen. Die holländische Parteipresse hat über diese wichtige Vorlage keinen Artikel veröffentlicht. Auch die Partei der Marxisten in Holland sagt uns feministische Tendenzen nach und diskreditiert unsere Arbeiten, obgleich wir auf dem reinen Klassenstandpunkt stehen. Das Resultat ist, nicht nur die Genossen und Genossinnen, auch die Leser unseres Tageblattes, die dem sozialistischen Gedanken nur nahe stehen, werden nicht aufgeklärt, sondern behalten ihre spießbürgerliche Anschauung über den Platz bei, der der Frau in der jetzigen und in der kommenden Gesellschaft zusteht. Ist es in Deutschland und Österreich besser? Der Einfluß der Frauenbewegung mag größer sein, weil sie stärker ist. Aber im großen und ganzen herrscht doch der Zustand der Gleichgültigkeit. Eine präzise Erörterung der Probleme der Frauenfrage ist in allen sozialistischen Parteien notwendig, und deshalb haben wir unseren Antrag gestellt, der auch dem Internationalen Sozialistenkongreß vorgelegt werden wird.

Frau Zietz-Berlin: Was die Anträge aus Stockholm wollen, besteht bereits. Sie sind eine sehr gute Erinnerung an die Genossinnen, ihre Berichte der internationalen Sekretärin für die „Gleichheit" einzusenden und können deshalb angenommen werden. Anders steht es mit dem holländischen Antrag. Der Wunsch, den er ausdrückt, ist berechtigt. Wenn er zu erfüllen wäre, wenn ein solches Blatt geschaffen würde, dann würde es gewiß eminent zur theoretischen Vertiefung und Erkenntnis beitragen. Aber zur Erfüllung dieses Wunsches sind so viel materielle Mittel erforderlich, und so viel geistige Kräfte, daß wir sie bei dem Stande der Frauenbewegung in einer ganzen Reihe von Ländern für diesen speziellen Zweck nicht freistellen können. Wieviel Geldmittel wären erforderlich, um dieses Blatt in drei Sprachen herauszugeben. Heute sind sie nicht vorhanden, heute läßt sich der Wunsch unmöglich erfüllen. Die „Gleichheit" ist ja bereits eo ipso das internationale Organ der Frauenbewegung. Bei den verschiedensten Anlässen hat sie auch die Frage der Frauenarbeit grundsätzlich erörtert und praktisch illustriert. Gewiß haben eine große Anzahl unserer Anhänger noch ganz komische Ansichten über die Frauenarbeit, und Aufklärung ist am Platze. Vielleicht ersuchen wir deshalb die internationale Sekretärin, zwei oder dreimal im Jahre in der „Gleichheit" zur Frauenarbeit grundsätzlich Stellung zu nehmen. Will man, um noch mehr Autorität dahinter zu stellen, die Verbreitung dieser Artikel durch das Internationale Sozialistische Bureau beschließen, so stünde dem ja nichts im Wege, wenn ich es auch für besser halte, daß unsere internationale Zentralstelle, die doch genug Beachtung genießt, diese Artikel selbst verschickt.

Alexandra Kollontei (Rußland) erklärt sich gegen den Antrag Holland und hält auch die Stockholmer Resolution für überflüssig. Was die „Gleichheit" leistet, ist außerordentlich und genügt durchaus.

Frau Dr. Perlmutter (Lemberg): Wünschenswert wäre es, daß die Zentralstelle der arbeitenden Frauen dem internationalen Bureau angeschlossen würde. Aber die praktischen Schwierigkeiten sind noch zu groß. Wir schließen uns daher der Resolution Zietz an. Die Parteipresse widmet der sozialistischen Frauenbewegung, seitdem diese eigene Organe hat, nicht die nötige Beachtung; aber wir müssen betonen, daß das ganz verkehrt ist. Die Parteipresse hätte die Pflicht, über die Bedeutung der Frauenaufklärung und das Verhältnis der Frauenbewegung zur allgemeinen Bewegung des Proletariats prinzipielle Artikel erscheinen zu lassen. Denn die Einheit der Bewegung muß erhalten bleiben, wir dürfen sie nicht zersplittern lassen in eine Hauptbewegung der Männer und eine Nebenbewegung der Frauen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag der deutschen Delegation wird angenommen.

Pottersmit (Holland) zieht ihren Antrag zurück und erklärt sich mit der Resolution Zietz einstweilen einverstanden.

Damit ist dieser Punkt erledigt, da Anträge, die über das bisher schon bestehende hinausgehen, nicht vorliegen.

Außerhalb der Tagesordnung erhält die finnische Landtagsabgeordnete Genossin Perssimen das Wort. Sie dankt in deutscher Sprache im Namen der finnischen Delegation der Internationalen Frauenkonferenz für den Ausdruck der Sympathie an die finnischen Kämpfer. Genossin Zetkin hat bereits darauf hingewiesen, daß die Erdrosselung der finnischen Freiheit auch für die Internationale von Bedeutung sein würde. Dessen sind auch wir uns bewußt und stets eingedenk geblieben, daß wir den Kampf nicht allein für uns, sondern für die ganze Internationale kämpfen. Es gereicht uns zu großer Genugtuung, daß das auch hier anerkannt wird. Wir hoffen auch in Zukunft mit der Internationale Hand in Hand gehen zu können, denn sich zu vereinigen ist für die Proletarier aller Länder die erste Pflicht. (Lebh. Beifall.)

Es folgt als dritter Punkt der Tagesordnung: Praktische Wege und Mittel zur Arbeit für die Einführung des Frauenstimmrechts.

Die Debatte wird auf morgen vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Maschinenbauer-Aussperrung. In der Liegnitzer Eisengießerei und Maschinenfabrik Teichert u. Sohn war eine Differenz wegen zu leistender Überstunden mit den Maschinenarbeitern ausgebrochen. Als darauf die Firma den Wortführer der Arbeiter entließ, legten sämtliche Maschinenarbeiter die Arbeit nieder. Als Antwort sperrte die Firma die gesamte Arbeiterschaft aus.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein „vereinzelter Fall". Das Kriegsgericht in Spandau sprach den wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit gegenüber einem zwölfjährigen Mädchen angeklagten Oberleutnant v. Plehwe frei, weil er sich nach dem übereinstimmenden Gutachten der ärztlichen Sachverständigen bei Begehung der Tat in einem Zustande befunden hatte, der jede freie Willensbestimmung ausschloß. Es wurde behauptet, daß er das Sittlichkeitsverbrechen in einem Zustand totaler Betrunkenheit begangen habe. Wenn Untergebene im Zustande totaler Betrunkenheit sich gegen Vorgesetzte auflehnten, haben die Kriegsgerichte wiederholt barbarische Strafen verhängt. Hier dagegen handelte es sich um einen erstklassigen Verbrecher und prompt nimmt das Gericht Ausschluß der freien Willensbestimmung an — der Kinderschänder wird freigesprochen. Natürlich hat dieses Urteil mit Klassenjustiz trotzdem nicht das geringste zu tun.

Soldatenschinderei und kein Ende. Wegen Mißhandlung Untergebener standen der Vizefeldwebel Knebel und der Unteroffizier Hanke vom 102. Infanterieregiment in Zittau vor dem Dresdner Kriegsgericht. Ein besonders brutaler „Soldatenerzieher" ist Knebel. Am 4. Juni mußte eine Anzahl Soldaten nachexerzieren. Außer einigen anderen anstrengenden „Übungen" mußten die Soldaten an jenem Tage, an dem große Hitze war, auf Befehl Knebels einen viertelstündigen Laufschritt machen. Da der 4. Juni schon am Vormittag und auch am Nachmittag anstrengenden Dienst brachte, waren die Mannschaften ohnehin matt und abgespannt. Dazu kam, daß die zum Nachexerzieren befohlenen Soldaten keine Zeit zum Essen hatten. Hungrig mußten die Soldaten die Anstrengungen ertragen, so daß ein großer Teil der Leute erschöpft und in Schweiß gebadet war und drei Soldaten infolge der Schwüle Hitzschlaganfälle erlitten. Bei weiteren fünf bis sechs Mann trat vorübergehendes Unwohlsein und Bewußtlosigkeit ein. Mehrere Soldaten mußten infolgedessen drei bis vier Wochen im Lazarett zubringen. In der Verhandlung erklärten die Soldaten, daß sie noch nie derartig anstrengenden Dienst gemacht haben. Und der ärztliche Sachverständige gab sein Gutachten dahin ab, daß die Anstrengungen in Verbindung mit der Hitze die Ursache der Hitzschlaganfälle seien. Auch gegenüber einigen Zivilpersonen hat Knebel seine Brutalität zu erkennen gegeben. Als er nachts mit mehreren Männern auf offener Straße in Differenzen geriet, zog er einfach seinen Säbel und schlug damit auf seine Gegner ein. Selbst der Anklagevertreter war offen genug, die Handlungsweise Knebels als eine absichtliche Schinderei zu bezeichnen, wofür er sechs Monate Gefängnis beantragte. Das Gericht erkannte aber auf — **sechs Wochen gelinden Arrest!!** In ähnlicher Weise ging Hanke mit seinen Untergebenen um. Einen Soldaten, der seiner Ansicht nach etwas nicht gut machte, brüllte er an mit den Worten: „Du verfluchter Strolch, bei nächster Gelegenheit schlag ich Dir ein paar in die Fresse; aber nur unter vier Augen, wenn Du keine Zeugen hast!" Außerdem erhielt der Soldat mehrere Stöße mit der Faust in den Leib. Obgleich der Mißhandelte beschwor, die Schläge erhalten zu haben, sah das Gericht Mißhandlung nicht für erwiesen an. Es erachtete nur vorschriftswidrige Behandlung als vorliegend und diesertwegen sowie der Beleidigung — nur fünf Tage mittleren Arrest!! — Und da will man Soldatenmißhandlungen bekämpfen? Das sieht ganz so aus.

Aus Nah und Fern.

Vom katholischen Schul-Bock. Der schon seit Wochen im Untersuchungsgefängnis sitzende Rektor Bock erlitt einen Blutsturz und mußte in das Lazarett überführt werden. Die Nachprüfung der Anzeigen, die nach und nach bei der Kriminalpolizei eingehen, hat ergeben, daß die behaupteten Tatsachen über das Treiben des Rektors Bock und des Lehres Knösel alle der Wahrheit entsprechen. Bock hatte, wie jetzt bekannt wird, immer das Strafgesetzbuch zur Hand, kehrte den Beamten heraus und stellte gleich eine Beleidigungsklage in Aussicht, sobald Eltern ihm drohten. Es ist auch erwiesen, daß Bock sich Müttern von Schülerinnen unsittlich genähert, und daß er an Freunde Schülerinnen regelrecht verkuppelt hat.

Der Brand eines Tiergartens. In dem auf den „Hufen" in Königsberg i. Pr. gelegenen Tiergarten brach Freitag nach Mitternacht ein Großfeuer aus, durch das der große Holzbau des Hauptrestaurants vollständig eingeäschert wurde. Der Feuerwehr gelang es nach mehrstündiger Tätigkeit, die in der Nähe befindlichen Baulichkeiten und Tierzwinger zu schützen. Das Geschrei der durch die Feuergarben und die furchtbare Glut aufgescheuchten Tiere war weithin zu hören. Der Wirt und das Personal konnten sich retten, jedoch ist fast das ganze Hab und Gut verbrannt.

Explosion einer Dynamitpatrone. Auf der Redenhütte bei Sosnowice fand ein Dienstmädchen eine eingekapselte Dynamitpatrone. Sie zeigte diese mehreren Bekannten und kratzte an der Patrone mit der Haarnadel herum. Plötzlich explodierte die Patrone, wodurch das Mädchen so schwer verletzt wurde, daß es auf dem Transport nach dem Krankenhause starb.

Von einem bestialischen Kindesmord wird aus Mannheim berichtet. Dort lebte ein neunzehnjähriger Tagelöhner mit seiner Geliebten, einer Näherin, zusammen. Aus dem Verhältnis war ein Kind hervorgegangen, das dem Arbeiter in seinem Fortkommen hinderlich war. Donnerstag schüttelte der Vater, als seine Braut abwesend war, dem Kinde Salzsäure in den Mund. Das Kind starb wenige Stunden darauf im Krankenhaus unter entsetzlichen Qualen. Der Arbeiter wurde verhaftet.

Russische Beamten als Diebe und Brandstifter. Eine Revision in dem Wege- und Kommunikationsbezirk von Kiew hat unglaubliche Schandtaten von Beamten zutage gefördert. So entstanden, wenn wenig Arbeit zu verrichten war, aus unerklärlichen Ursachen Feuersbrünste. Dadurch wurden schleunige Arbeiten nötig, aus denen die Beamten und Unternehmer enormen Nutzen zogen. Im vorigen Jahre brannte die Russanow-Brücke nieder, und zwar brach das Feuer an zehn Stellen aus. Die Brücke kostete über 2 Millionen Mark.

Die Cholera. Aus Rom wird von Freitag gemeldet In den letzten 24 Stunden wurden in Barletta 15 Erkrankungen und 8 Todesfälle an der Cholera festgestellt, in Andria 1 Erkrankung und 2 Todesfälle, in Trani 3 Erkrankungen und 1 Todesfall, in Molfetta 1 choleraverdächtiger Fall. In den übrigen Gemeinden der Provinz Bari ereignete sich kein neuer Cholerafall. In Margherita di Savoia wurden 3 Erkrankungen und 1 Todesfall an Cholera festgestellt, in Cerignola 2 choleraverdächtige Fälle und 1 Todesfall, in Trinitapoli 4 Erkrankungen und 1 Todesfall. — Aus Wien wird gemeldet: Das Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern teilt mit, die bakteriologische Untersuchung habe in zwei Fällen, nämlich in dem der vor einigen Tagen verstorbenen Frau Feld und dem des erkrankten Dienstmädchens Hofmann asiatische Cholera ergeben. Weitestgehende Vorkehrungen sind getroffen.

Erdbeben. Nach einer Meldung aus Konstantinopel wurden im Vilajet Diarbekir am 21. August nachts infolge eines Erdbebens 1500 Häuser beschädigt und 100 vollständig zerstört.

Die Zahl der Opfer der Waldbrände in den Staaten Washington, Idaho und Montana wird nunmehr auf dreihundert Personen angegeben. In Missoula (Montana) wurden drei Männer verhaftet unter der Beschuldigung, die Waldbrände durch Brandstiftung verursacht zu haben; weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Raubmörder. In der Landschaft Seistan überfielen Afghanen eine aus Indien kommende Karawane und töteten 4 Führer, darunter zwei persische Soldaten. Die Räuber führten 25 Lastkamele mit sich weg. Die Behörden sind machtlos.

An Bord des italienischen Panzerkreuzers „Regina Margherita" platzte ein Kesselrohr. Neun Matrosen wurden durch das ausströmende kochende Wasser verbrüht, zwei von ihnen sind ihren Verletzungen erlegen.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater ging gestern abend zum Benefiz für Herrn Köhler die bekannte Leharsche Operette „Der Rastelbinder" in Szene, die neben manchen hübschen Melodien doch auch recht viel Minderwertiges enthält. Herr Köhler sang und spielte den Janku mit der nötigen Frische und Lebendigkeit; der ihm gespendete lebhafte Beifall und die Blumen waren redlich verdient. Eine prächtige, von sonnigem Humor getragene Figur schuf Herr Seidler als Wolf Bär Pfefferkorn. Die derbe slowakische Suza liegt zwar unserer ersten Operettensängerin Frau Müller-Wendt nicht sonderlich; dennoch fand die Künstlerin sich durchaus anerkennenswert mit ihrer Partie ab. Gute Leistungen boten ferner Herr Bonin als Milosch und Frl. Blobel als Mizzi. Aus dem politisierenden Klempnermeister Klöppler läßt sich weit mehr machen, als es seitens des Herrn Jaccard geschah. Wenn man da an Menzinger zurückdenkt, der im alten Stadttheater diese Rolle im unaufdringlicher aber wirkungsvoller Weise in den Vordergrund des Ganzen zu bringen verstand. Die Regie hatte getan, was ihr mit den gegebenen Mitteln möglich war. Als musikalischer Leiter war Herr Kapellmeister Seydel-Stöger mit Temperament und Umsicht tätig. Das Haus war verhältnismäßig gut besucht. P. L.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Freitag, den 26. August.

D. Svithiod, Kapt. Borg, von Kalmar in 24 St.
D. Lübeck, Kapt. Lundin, von Kopenhagen in 12 St.
D. Motala, Kapt. Gustavson, von Hernösand in 4 T.
D. Fehmarn, Kapt. Schacht, von Fehmarn in 3½ St.
D. Ostsee, Kapt. Eiggert, von Furillen, in 43 St.
Laine, Kapt. Sundquist, von Yxpila in 12 T.
D. Blenda, Kapt. Inhansson, von Oexelösund in 2 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Donnerstag, den 25. August.

D. Ascania, Kapt. Brinkmann, nach Kolding.
Cronshagen, Kapt. Panse, nach Tornea.
D. Halland, Kapt. Kollberg, nach Kopenhagen.
D. Thor II, Kapt. Jörgensen, nach Nakskov.
D. Pehr Brahe' Kapt. Lindroos, nach Abo.

Freitag, den 26. August.

D. Pommerania, Kapt. Lütgens, nach Wolgast.
Ingeborg, Kapt. Jensen, nach Halmstad.
Aurora, Kapt. Schlöpcke, nach Neustadt.
Anna Christina, Kapt. Hagelstein, nach Neustadt.

Schiffsbewegungen.

D. Aegier, Kapt. Favorin, ist gestern nachmittag in Helsingfors angekommen.

D. Stadt Lübeck, Kapt. Beth, ist gestern mittag von Danzig auf hier abgegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 26. August.

1. Qualität	125—129 Mk.
2. „	108—112 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	100—105 „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	113—116 „
do. II. do.	106—112 „
Sibirische	— „
Galizische und ähnliche,	— „
Finländische Sommerbutter, verzollt	— „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 26. Aug.

Auftrieb 3509 Schweine. Markt langsam geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 64.— bis 65,— (51,00 bis 52,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 200—240 Pfund, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,— (51,— bis 52,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,00 (51,50 bis 52,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 65,— bis 66,— (50,50 bis 51,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 62,00 (48,00 bis 49,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 53,00 bis 59,00 (41,50 bis 46,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Für bewiesene Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters **Gustav Bülow** sagen wir hierdurch allen, besonders d. Metallarbeiterverband und Herrn Pastor Evers für seine trostreichen Worte herzlichen Dank.
Die Hinterbliebenen.

Zu sofort oder 1. Oktober **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres **Kottwitzstraße 49, pt., r.**

Zum 1. Oktober **eine Wohnung** zu vermieten
Pelzerstraße 13 a.

Per sofort oder 1. Oktober eine **Dreizimmerwohnung in Fackenburg.** Preis Mk. 150.00.
Näheres Schwartauer Allee 19.

Gesucht zum 1. November **ein ordentliches Mädchen,** am liebsten vom Lande. **Wilhelm Meyer,**
Herrendamm 6, Krempelsdorf.

Zu verkaufen ein guterh. **Kinderwagen** Warendorpstr. 23, III.

Billig zu verkaufen **eine Steh- und Hängelampe und Ampel**
Brockesstraße 30, pt.

Zu verkaufen ein Winter-Paletot, Oberweite 96, und ein Paar Herren- und Damenschnürstiefel, Größe 40 und 39. Zu bes. Sonnt. v. 9—12 Uhr
Hundestraße 78, I.

Zu verkaufen weiße und geherzte Kröpfer, Karrier, Taubenschlag auf Pfahl, 2 künstl. Glucken, gr. Kücken und Hühnerbucht Arnimstr. 42 b.

Wegen Platzmangel **Hobelbank** sofort zu verkaufen. Näheres
Hundestraße 97.

2schl. Bettstelle m. Matr., Kinderbettst., Hängelampe billig zu verk.
Adolfstraße 2 b, I.

Krämerei und Brothandlung m. Pferd und Wagen fortzugshalber bald zu verk. Off. u. **J S** a. d. Exp.

Echte Angoraratzen zu verkaufen Preis 5 Mk. Hansastraße 31.

Aerztlicher Sonntagsdienst
Sonntag, den 28. Aug. (v. 1 Uhr ab):
Dr. med. Pauli, Mühlenbrücke 5.
Dr. med. Feldmann, Breitestr.
Dr. med. Schuhr, Schwart. Allee 22, I.

Rechnungs-Formulare
liefert
Buchhandlung Friedr. Meyer u. Co.
Johannisstraße 46.